

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Eine friedensfeindliche Politik	1
N. SERGEJEWA — Programm der zügellosen Aufrüstung	3
W. DUBOWIZKI — Der neue Kreuzzug des Vatikans .	7
R. LAPOW — Das Fiasko des Marshallplans und die Landwirtschaft der USA	11
Internationale Umschau (Notizen)	14
K. STARZEW — Presseschakale (Brief aus Warschau)	22
I. PODWJASNIKOW — Bei den norwegischen Bauarbeitern (Notizen eines Mitglieds der sowjetischen Gewerkschaftsdelegation)	24
Kritik und Bibliographie:	
B. BYCHOWSKI — Die ideologische Aufrüstung Professor Robinsons	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31

Nr. 33
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Eine friedensfeindliche Politik

Die Ereignisse der abgelaufenen Woche warfen neues Licht auf die Politik der regierenden Kreise der Vereinigten Staaten und Englands. Die auf ihre Initiative erfolgte Einstellung der Tätigkeit der UNO-Atomkommission und der Kommission für konventionelle Rüstungen sowie die Reise der USA-Stabschefs nach Westeuropa sind Glieder ein und derselben Kette. Diese Tatsachen hängen unmittelbar mit dem aggressiven Nordatlantischen Vertrag zusammen.

Angesichts der nahenden unabwendbaren Krise beschleunigen die Washingtoner Machthaber die fieberhafte Aufrüstung; sie hoffen, auf diese Weise den Produktionsrückgang aufzuhalten zu können. Die Imperialisten sind sich darüber klar, daß die Zeit nicht für sie arbeitet, und beeilen sich deshalb, eine neue Aggression vorzubereiten. Aus eben diesem Grunde haben sich die englisch-amerikanischen Vertreter in der UNO jetzt endgültig zur Hintertreibung der Abrüstung sowie zur endgültigen Vereitelung der Pläne eines Verbots der Atomwaffe entschlossen.

Die Arbeit der vor mehr als drei Jahren eingesetzten Atomkommission wurde durch Verschulden der USA-Delegation sabotiert. Die amerikanische Delegation widersetzte sich beharrlich der Erreichung des Hauptziels, das die Resolutionen der UNO-Vollversammlung vom 24. Januar und 14. Dezember 1946 dieser Kommission gestellt hatten, nämlich dem Abschluß einer Konvention über das Verbot der Atomwaffe. Der von Baruch ausgearbeitete sogenannte amerikanische Plan sah vor, daß die Atomenergiegewinnung, sämtliche dazugehörigen Betriebe, alle Rohstoffquellen und alle Anlagen zur Verarbeitung von Atomrohstoffen einem einzigen, restlos von den USA kontrollierten monopolistischen Ultratrust übergeben werden sollen. Die Annahme dieses Plans hätte zur unbeschränkten Herrschaft der Monopolherren von der Wall Street in fremden Staatsgebieten geführt.

Die Sowjetunion, die die Unabhängigkeit der Völker und die allgemeine Sicherheit behütet, setzte diesem imperialistischen Plan ihre konstruktiven Vorschläge entgegen, indem sie zwei Entwürfe von Konventionen einreichte, die das Verbot der Atomwaffe und die Errichtung einer wirksamen Kontrolle über die Atomenergiegewinnung zum Gegenstand haben.

Die englisch-amerikanischen Vertreter, die einer sachlichen Erörterung der sowjetischen Anträge aus dem Wege gehen wollten, zettelten eine kasuistische Diskussion an, wobei sie verlangten, die Kontrolle solle eher als das Verbot der Atomwaffe eingeführt werden. Dabei kamen sie zu einer logischen Absurdität, da sie Kontrolle über etwas errichten wollen, was es noch gar nicht gibt. Als die Sowjetunion nun beantragte, beide Konventionen gleichzeitig in Kraft zu setzen, lehnte die USA-Delegation auch diesen Antrag ab. Die englisch-amerikanischen Vertreter bauschten die Meinungsverschiedenheiten künstlich auf und sabotierten alle Bemühungen der Sowjetdelegation, die auf das Verbot der Atomwaffe und die Einführung einer internationalen Kontrolle über die Atomenergiegewinnung gerichtet waren. Schließlich bestand die USA-Delegation darauf, daß die Tätigkeit der Kommission eingestellt werde, und mit Hilfe einer gefügigen Mehrheit setzte sie Anfang August dieses Jahres einen solchen Beschuß durch.

Somit fühlen sich die Imperialisten, deren politische und militärische Pläne offen auf den Einsatz der aggressiven Atomwaffe in dem von ihnen vorbereiteten Kriegen eingestellt sind, heutzutage augenscheinlich schon durch das bloße Bestehen einer Kommission zur Atomenergiekontrolle in ihrer Handlungsfreiheit beeinträchtigt.

Zur gleichen Taktik griffen die USA-Delegierten auch in der UNO-Kommission für konventionelle Rüstungen. An die Stelle einer praktischen Rüstungseinschränkung setzten sie mit Hilfe des so genannten „Arbeitsdokuments“ der französischen Delegation die Frage nach Einholung von Informationen über konventionelle Rüstungen. Der USA-Vertreter in dieser Kommission wußte bei seinen Versuchen, die Sabotage der die Interessen der Völker zutiefst berührenden Abrüstung zu rechtfertigen, nichts Besseres zu tun, als zur Wiederholung der unsinnigen verleumderischen Insinuationen gegen die Sowjetunion zu greifen.

Im Lichte der allbekannten fieberhaften Aufrüstung in den USA sehen die längst entlarvten Lügenmärchen von der faktisch nicht bestehenden „sowjetischen Gefahr“ besonders jämmerlich und stupide aus. Es genügt daran zu erinnern, daß die USA-Armee gegenwärtig zahlenmäßig dreieinhalbmal so stark ist wie in den Vorkriegsjahren, während die Aufwendung für militärische

Zwecke weit mehr als die Hälfte des Staatsbudgets der USA verschlingen. Hunderte militärische Stützpunkte der USA sind, tausende Kilometer von den Grenzen der Vereinigten Staaten entfernt, über den ganzen Erdball verstreut. Aber auch das genügt den Expansionisten in den USA noch nicht. Die ganze Welt ist Zeuge, wie sie mit verstärktem Eifer gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtete aggressive Blocks schmieden.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß die amerikanischen Imperialisten gegen jeden wirksamen Antrag zu Felde ziehen, der eine Rüstungseinschränkung bezweckt. Kein anderer als der USA-Verteidigungsminister Johnson gab in seiner kürzlichen Rede vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beim Repräsentantenhaus offen zu, daß die USA keinem Abrüstungsabkommen beitreten werden. „Mir kommt das ganze Abrüstungsgerede verdächtig vor“, erklärte Johnson.

Das von der Kommissionsmehrheit angenommene berüchtigte „Arbeitsdokument“ hat nichts mit Abrüstung zu tun. Da die Verfasser dieses „Dokuments“ die Frage nach der Bekanntgabe von Informationen über die von den USA-Imperialisten aufgespeicherten Atombomben sorgfältig umgehen und lediglich darauf bestehen, daß Angaben über die konventionellen Rüstungen zur Verfügung gestellt werden, ist es ganz offensichtlich, daß der einzige praktische Zweck des „Arbeitsdokuments“ darin besteht, die entsprechenden amerikanischen Organe mit Spionagematerial über die Rüstungen anderer Länder zu versorgen.

Zur gleichen Zeit, zu der die Politiker aus Washington die Abrüstung und das Verbot der Atomwaffe vereiteln, beeilen sie sich, den aggressiven Nordatlantischen Vertrag in Kraft zu setzen. In großer Hast begab sich eine Gruppe der höchsten USA-Militaristen nach Europa, und zwar der Stabschef der USA-Armee Bradley, der Stabschef der Luftstreitkräfte Vandenberg und der Marinestabschef Denfeld. Die Presse der Monopole macht kein Geheimnis daraus, daß dieser Eilbesuch den Zweck hat, die strategischen Pläne für die amerikanische Aggression vorzubereiten. Diese Pläne sind in ihren allgemeinen Umrissen schon bekannt. General Bradley hat sie am 29. Juli im USA-Kongreß mit der typischen Unverfrönenheit eines Kasernehofdiktators ausgeplaudert.

Nach seinen Worten beabsichtigen die Strategen in Washington, nach Provokierung eines Krieges ruhig jenseits des Ozeans zu bleiben, bis alles vorbei ist. Sie wollen nur die „strategische Bombardierung und Zustellung von Atombomben“ auf sich nehmen, während Westeuropa „das Gros der vorhandenen Landtruppen“ stellen soll. Das heißt

mit anderen Worten, daß man von der bekannten These des Kannibalen Cannon aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus ausgeht: „Wir wollen Soldaten anderer Nationen ausrüsten, und sie sollen ihre Jungs in das Gemetzel schicken, statt daß wir die unseren schicken.“ Die amerikanischen Kriegstreiber räumen den marshallisierten Ländern in ihren Plänen die Rolle der Lieferanten von Kanonenfutter ein. Die Imperialisten bleiben auch hier sich selbst treu. Da sie sich gerne die Kastanien von anderen aus dem Feuer holen lassen, träumen sie davon, die westeuropäischen Staaten in einen Konflikt mit der Sowjetunion zu verwickeln.

Die USA-Imperialisten, die die Kriegshysterie und das fieberhafte Wettrüsten anfangen, reiben sich schon die Hände im Vorgefühl neuer Milliarden-Kriegsgewinne. Aber diesmal haben sie wirklich die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die Völker der westeuropäischen Länder verurteilen ebenso wie das amerikanische Volk entschieden den Abenteurerkurs der Washingtoner Politiker, der den Völkern nur eine weitere Senkung des Lebensniveaus sowie neue Lasten und Entbehrungen bringen kann und schließlich ihre Existenz selbst bedroht.

Immer größere Massen der Werktätigen werden sich darüber klar, wie verderblich die Eroberungspläne der Imperialisten sind. Es wird den Kriegstreibern trotz ihrem wahnwitzigen Toben nicht gelingen, die internationale Atmosphäre zu vergiften. In Westeuropa, wie überhaupt in der ganzen Welt, bildet das Streben der Völker nach Erhaltung des Friedens eine unüberwindliche Schranke auf dem Weg der Kriegstreiber. Die Organisation „Kämpfer für Frieden und Freiheit“ erklärt in ihrem Aufruf:

„Die einzige und wirkliche Gefahr, die sich über Frankreich zusammengebaut hat, ist der strategische Plan der USA... Dieser Plan erlegt dem französischen Volk neue unnötige Ausgaben für Kriegszwecke auf. Das französische Volk, das den Beschuß des Weltkongresses der Friedensanhänger unterzeichnet hat, kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß unser Land in einen Krieg gestürzt werde.“

Die Kriegstreiber, die der Wahnlidie von der Weltherrschaft verfallen sind, werfen endgültig die Maske ab. Sie treten unverhüllt als geschworene Feinde der internationalen Zusammenarbeit, der Freundschaft und des Fortschritts der Völker auf. Aber ihre heimtückischen Ränke sind zum Scheitern verurteilt. Die Millionenmassen sind bereit, den verbrecherischen Plänen der Entfesselung eines neuen Krieges entschlossene Abfuhr zu erteilen.

Programm der zügellosen Aufrüstung

N. SERGEJEW

K AUM fünf Tage nach der Ratifizierung des aggressiven Nordatlantischen Vertrags im USA-Senat brachte Präsident Truman einen Gesetzentwurf über die militärische Unterstützung nicht nur der Vertragsteilnehmer, sondern „auch ander“ Staaten ein.

Der Inhalt des von Truman vorgeschlagenen Gesetzentwurfs ist einfach. Es handelt sich um das Programm der Aufrüstung einiger Länder, vor allem solcher, die in der Nachbarschaft der Sowjetunion liegen. Der Gesetzentwurf sieht „Lieferung von Heeresgut, Materialien oder Dienstleistungen“ vor, ferner die „Erzeugung, Bearbeitung, Beförderung, Reparatur oder Wiederherstellung von militärischen Ausrüstungsgegenständen oder Rohstoffen“. Das ist die eine Seite des Entwurfs. Auf der anderen Seite sieht er Gewährung finanzieller Unterstützung an Länder vor, denen Heeresgut geliefert wird, damit diese es bezahlen können. Es besteht auch die Absicht, unentgeltlich Waffen zu liefern und „Dienste zu leisten“. Die USA-Zeitungen nennen das einen „Kriegs-Lend-Lease im Frieden“.

Die USA wollen nicht allein die Teilnehmerstaaten des nordatlantischen Blocks bewaffnen, sondern auch andere Länder, deren Aufrüstung nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs „für die nationalen Belange der Vereinigten Staaten von Bedeutung ist“. Folglich können die USA-Imperialisten ihre neueste Variante der Monroedoktrin, die von direkten militärischen Maßnahmen auf dem Gebiet fremder Staaten begleitet ist, nach eigenem Gutdünken auf jeden Teil des Erdballs anwenden.

Präsident Truman verlangt für die Durchführung des Programms im Laufe des nächsten Jahres rund anderthalb Milliarden Dollar. Der Gesamtumfang des Programms ist unbekannt, wenn die USA-Presse, die dieser Frage große Aufmerksamkeit widmet, auch die mannigfältigsten Zahlen nennt, darunter sogar 20 Milliarden Dollar.

Im großen und ganzen ist der Plan der „militärischen Unterstützung“ ein Programm der zügellosen Aufrüstung, dem weit über die Grenzen der USA hinaus Geltung verschafft werden soll.

Das Programm der „militärischen Unterstützung“ wird genau so eilig durchgepeitscht, wie der Nordatlantische Vertrag überhaupt. Die Hast ist so groß, daß die Reconstruction Finance Corpo-

ration nach dem Gesetzentwurf Trumans bevollmächtigt werden soll, den Satellitenstaaten der USA bestimmte „Vorschüsse“ auszufolgen, solange der Kongreß noch nicht die entsprechenden Summen bewilligt hat.

Diese Hast enthüllt die Washingtoner Politik der vollzogenen Tatsachen und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Widerstand, auf den die Pläne der Kriegstreiber in der ganzen Welt stoßen. Die Millionen Unterschriften, die in Frankreich und Italien gegen die Teilnahme dieser Länder am aggressiven nordatlantischen Block gesammelt wurden, machen nicht nur die westeuropäischen Amtswalter des USA-Kapitals, sondern auch ihre Brotherrn in Washington nervös. Diese können nicht erkennen, daß das französische oder italienische Volk Queuille oder de Gasperi kein Recht zugesteht, Kriegspakte zu unterzeichnen.

Um so weniger können sie sich darüber hinwegsetzen, daß die in so großer Anzahl und mit solcher Hast zusammengezimmerten Pakte, Blocks und Programme auch in den USA selbst von der öffentlichen Meinung nicht unterstützt werden. Da sind alle Fälschungen nutzlos, denn es liegen Dokumente vor: die Erklärungen und Resolutionen der verschiedensten Organisationen, die — von den Quäkern bis zu den Gewerkschaften — sowohl den Nordatlantischen Vertrag als auch den Plan zur Militarisierung Westeuropas und die fiebrige Aufrüstung, vor allem aber die sowjetfeindlichen Umtriebe der reaktionären USA-Kreise sowie deren Feindseligkeit gegenüber dem Sowjetlande und seinem Volke entschieden verurteilen.

Bedeutsam ist auch die Opposition, die in den regierenden Kreisen der USA gegen die Pläne zur „Bewaffnung einer Hälfte der Welt gegen die andere“ besteht. Bei den Senatsdebatten anlässlich der Ratifizierung des Nordatlantischen Vertrags stellte es sich heraus, daß einige prominente Vertreter der regierenden Spitzenschicht ernsthafte Zweifel hegen, ob es den Urhebern des Nordatlantischen Vertrags gelingen wird, aus den Völkern der westeuropäischen Länder Kanonenfutter zu machen.

Die Senatoren, die sich gegen die „militärische Unterstützung“ aussprechen, äußern nicht nur ihre Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Hilfe, sondern enthüllen auch den abenteuerlichen

Charakter des Programms. Breiteste Kreise der Amerikaner werden sich darüber klar, daß das auf den europäischen Kontinent übertragene Wettrüsten nicht als Allheilmittel gegen die Wirtschaftskrise dienen kann, sondern im Gegen teil die Lage noch komplizierter zu machen und die Gegensätze im Lager der Imperialisten zu vertiefen droht. Die geplante Kürzung der amerikanischen Marshallplansummen im Zusammenhang mit den bevorstehenden direkten Aufwendungen für die Bewaffnung der marshallisierten Länder wird zweifellos Öl ins Feuer dieser Gegensätze gießen.

Mit welchen Argumenten rückt Präsident Truman unter diesen Umständen heraus, um eine bei den Amerikanern so unpopuläre Politik zu rechtfertigen? Er hat bei der Ausführung dieser undankbaren Aufgabe kein besonderes Geschick an den Tag gelegt und sich nichts Originelles ausgedacht. In der Botschaft wird wiederum der Versuch gemacht, die Sache so hinzustellen, als seien das aggressive Kriegsbündnis und die fieberhafte Aufrüstung Maßnahmen, die dem Schutz der demokratischen Einrichtungen, der Festigung des Friedens und der Sicherheit der USA sowie der Verhütung einer Aggression dienen. Auf die Amerikaner, die eben erst gehört haben, wie einige Vertreter des gleichen regierenden Lagers, z. B. Senator Taft oder Langer, auf der Senatstribüne zugegeben haben, daß der Nordatlantische Vertrag den von den USA laut UNO-Satzung übernommenen Verpflichtungen widerspricht und den Ausbruch eines Krieges, nicht aber den Frieden fördert, wird das wohl kaum überzeugend wirken.

Unter offensichtlicher Berücksichtigung des Umstandes, daß die Botschaft des Präsidenten niemand überzeugen kann, hat das Staatsdepartement zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die militärische Unterstützung eine Sonderbroschüre herausgegeben, die die aggressiven Ziele der Politik Washingtons bemänteln soll.

Die Argumente, die in diesem Dokument angeführt werden, entsprechen im großen und ganzen den Argumenten in der Botschaft des Präsidenten. Die Botschaft des Präsidenten sowie dieses Dokument des Staatsdepartements verfolgen speziell das Ziel, die Öffentlichkeit der USA zu desorientieren und die wirklichen Ziele des amerikanischen Imperialismus zu verheimlichen. Diesmal hat man das besonders ungeschickt gemacht. Diese Plumpheit ist offensichtlich die unmittelbare Folge der Tatsache, daß die Verteidiger der aggressiven Politik gleichzeitig mit zwei ganz verschiedenen Kategorien von Opponenten zu rechnen haben.

Einerseits wird versucht, die breiten Kreise der Amerikaner, die eine Friedenspolitik verlangen, zu beschwichtigen. Ihnen wird wie immer versichert, daß der Nordatlantische Vertrag kein Kriegspakt sei und daß die sieberhafte Aufrüstung der Festigung des Friedens und der Demokratie diene. Gleichzeitig aber müssen auch die zum imperialistischen Lager gehörenden Gegner des Programms der „militärischen Unterstützung“ überzeugt werden, deren Einwände sich mit Zweifeln daran erklären, ob die „nordatlantischen Methoden“ zur Erreichung der außenpolitischen Ziele der Wall Street taugen. Das Staatsdepartement und Präsident Truman wollen solche Zweifler glauben machen, das Programm der Waffenlieferung sei imstande, den USA-Monopolen die Welthegemonie zu gewährleisten und die Unterdrückung der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts in den Satellitenstaaten zu sichern. Deswegen enthält das Dokument des Staatsdepartements neben verlogenen Behauptungen, das Programm der „militärischen Unterstützung“ sei durch die Sicherheitsbedürfnisse der USA geboten und bezwecke die Festigung des Friedens, auch Erklärungen, die diese Behauptungen sofort widerrufen, die Winkelzüge bloßlegen und die wahren Absichten der politischen Landeschwengel der USA-Monopole kennzeichnen.

So wird die Bewaffnung anderer Länder mit den „Verpflichtungen“ erklärt, die sich aus der von den USA übernommenen „Führerrolle in internationalen Angelegenheiten“ ergeben, eine Formulierung, die die Weltherrschaftsansprüche der USA-Monopole zum Ausdruck bringt. In voller Übereinstimmung mit diesen Ansprüchen wird erklärt, daß der Begriff der nationalen Sicherheit der USA „weit über deren geographische Grenzen hinausgeht“. Und zur Krönung des Ganzen wird noch darauf hingewiesen, daß die Bewaffnung und militärische Unterstützung anderer Länder notwendig sei „zur Beseitigung der Hindernisse, die dem Zustrom privater Kapitalinvestitionen“ aus den USA „nach Europa im Wege stehen“.

Was ist dies anderes als die Proklamierung imperialistischer Ziele? Das ist das Programm einer imperialistischen Durchdringung der Wirtschaft und der Politik anderer Staaten mit militärischen Mitteln, denn der vorgeschlagene Plan der „militärischen Unterstützung“ ist nichts anderes als der Plan zur Errichtung der vollständigen USA-Kontrolle über die Streitkräfte, die Rüstungen, die Kriegswirtschaft und über beliebige militärische Maßnahmen der westeuropäischen „und anderen“ Länder.

Weder der Präsident noch das Staatsdepartement machen eigentlich ein Hehl daraus, daß die

aggressive Spitze des Nordatlantischen Vertrags und des ihn begleitenden Programms der „militärischen Unterstützung“ darauf gerichtet ist, die demokratische Bewegung — mit Hilfe von Streitkräften! — zu bekämpfen: Im Dokument des Staatsdepartements wird die These aus der Botschaft des Präsidenten über einen „kommunistischen Druck“ in den Ländern Westeuropas betont und ausgesponnen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein „bedeutender Teil der nationalen Hilfsquellen“ dieser Länder zum Kampf gegen einen solchen Druck eingesetzt wird. Aus den weiteren Darlegungen ergibt sich, daß die USA von jetzt an einen Teil dieser Sorgen übernehmen wollen.

Somit besteht das Ziel der „militärischen Unterstützung“ absolut nicht im Schutz der demokratischen Einrichtungen, wie die Botschaft des Präsidenten heuchlerisch versichert, sondern in der Unterstützung der reaktionären, volksfeindlichen Regimes, in der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten...

Als Hauptmoments zur Rechtfertigung der fieberhaften Aufrüstung, die die Vereinigten Staaten in internationalem Maßstab betreiben, bedient sich sowohl die Botschaft des Präsidenten Truman als auch das Dokument des Staatsdepartements der üblichen verleumderischen Behauptungen über eine angeblich der ganzen Welt drohende Sowjetaggression.

Auf der Suche nach Argumenten zugunsten der abenteuerlichen Politik der Bewaffnung Westeuropas hat sich Präsident Truman in seiner Botschaft grobe Ausfälle gegen die Sowjetunion erlaubt. Diese Ausfälle dienen Truman eigentlich als Ersatz für die fehlenden Argumente. Der Präsident hat sich gleichsam die Aufgabe gestellt, die Behauptung der Verfechter des Nordatlantikpakts, darunter auch seine eigenen Behauptungen, zu widerlegen, daß dieser „reine Verteidigungs“pakt überhaupt nicht gegen irgendeinen Staat gerichtet sei. Die böswilligen Insinuationen gegenüber der Sowjetunion zeigen nachdrücklich, daß der Pakt und die Bewaffnung der westeuropäischen „und anderer“ Länder in Wirklichkeit eine Herausforderung an den Sowjetstaat ist, wie dies übrigens in den Senatsdebatten von Gegnern des Trumanschen Planes der sogenannten militärischen Unterstützung festgestellt wurde.

Truman fällt über die Sowjetunion her, indem er die abgedroschenen, schon oft widerlegten Erfindungen wiederholt, die den Spießbürger schrecken und Mißtrauen und Verdacht gegen ein Land erwecken sollen, dessen Friedensliebe eine feststehende Tatsache ist.

Schon vor Truman versuchten die reaktionären USA-Kreise, den Zusammenbruch ihrer Politik

mit sowjetfeindlichen Verleumdungen und provokatorischem Unsinn aller Art zu vertuschen. Das gleiche tut Truman. Er kann nicht verheimlichen, daß das sogenannte europäische Wiederaufbauprogramm in Gestalt des Marshallplans gescheitert ist. Truman versucht zu behaupten, die Sowjetunion habe den Wiederaufbau Europas verhindert. Er kann natürlich keinerlei Beweise für seine verleumderische Behauptung anführen. Aber braucht man denn Beweise, wo die Regel gilt: „Verleumdet, verleumdet, irgend etwas wird schon hängenbleiben!“

Den Monopolherren der USA gefällt es nicht, daß die demokratische Bewegung in der ganzen Welt wächst, daß die kommunistischen Parteien wachsen und erstarken. Truman versteht nicht, daß das, was er der Tätigkeit der Sowjetunion zuschreiben will, in Wirklichkeit das Ergebnis der gesetzmäßigen sozialen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern selbst ist.

Auf der Suche nach Argumenten zur Rechtfertigung seines Plans zur Militarisierung verschiedener Länder greift Truman zu einer interessanten Gegenüberstellung. Seiner Meinung kommt dem Gesetzentwurf über die Bewaffnung dieser Länder die gleiche Rolle zu wie den Maßnahmen zur Bewaffnung der Polizisten in den USA selbst. Man muß zugeben, daß der Präsident auf einen glücklichen Vergleich verfallen ist, der wohl seine ganze Botschaft wert ist. Die Bedeutung des Hilfspakts für die europäischen Länder als Polizeimaßnahme ist nicht zu bezweifeln und jetzt von seinem Urheber selbst bescheinigt worden.

Präsident Truman versucht jedoch vergebens, die Politik der Sowjetunion anzuschwärzen. Bei den Amerikanern, die über gesunden Menschenverstand verfügen, können seine Ausfälle nur eine Reaktion hervorrufen: das Streben, noch nachdrücklicher zu verlangen, daß die USA-Regierung die feindselige Politik gegenüber der sowjetischen Großmacht aufgebe.

Präsident Truman hat die Dreistigkeit, in seiner Botschaft zu erklären, nicht die USA, sondern die Sowjetunion sei es, die eine „Atmosphäre der Angst und der Gefahr“ schaffe. Unterdes ist bekannt, daß nicht die Sowjetunion eine Atmosphäre der Angst nötig hat, sondern diejenigen, die die Wall-Street-Politik machen.

Falscher Alarm! — so bewertet die demokratische öffentliche Meinung der USA das Geheul von der faktisch nicht vorhandenen Gefahr einer Aggression der Sowjetunion, das die Politiker aus Washington erheben, um die fieberhafte Hast zu rechtfertigen und zu erklären, mit der sie das Programm zur Bewaffnung anderer Länder durchpeitschen. Dies Geheul überführt sie vollends.

Sie greifen zu Mitteln der Einschüchterung und suchen eine Kriegspsychose zu schaffen. Sie machen es zu einem unmittelbaren Ziel ihrer Politik, die Kriegshysterie anzufachen. Hat John Foster Dulles dies etwa nicht in seiner Senatsrede vom 12. Juli zugegeben? Hat er nicht zugegeben, daß eine Entspannung in den internationalen Beziehungen unerwünscht sei? Hat er nicht erklärt, daß es notwendig sei, das amerikanische Volk „künstlich im Zustand der Unruhe zu halten“?

Das war kein falscher Zungenschlag, das ist eine konsequent verfolgte Linie. Sowohl die Botschaft des Präsidenten Truman als auch das Dokument des Staatsdepartements zielen gerade darauf ab, die öffentliche Meinung künstlich in Unruhe zu versetzen. Es ist klar, wozu das geschieht! Vor allem, um die Öffentlichkeit von den Niederlagen abzulenken, die die derzeitige aggressive Außenpolitik der USA erleidet.

Weder die schmachvolle Intervention in Griechenland noch die ergebnislose Unterstützung des Krieges gegen das Volk in China noch die berüchtigte Politik des „kalten Kriegs“ haben die USA-Imperialisten den erwünschten Zielen auch nur einen Schritt nähergebracht. Mit Spiegelfechtereien und gefälschten Statistiken kann man das Fiasco des Marshallplans nicht verheimlichen; das Heranrücken der Wirtschaftskrise hat allen gezeigt, daß der Kaiser keine Kleider anhat. Die grobe Verletzung der historischen internationalen Verpflichtungen, die die USA in Potsdam und Jalta übernommen haben, hat das internationale Ansehen der Vereinigten Staaten untergraben. Versuche, diesen Einfluß mit Hilfe einer auf volksfeindliche Regimes gestützten rücksichtslosen Gewaltpolitik zu stärken, sind fruchtlos.

Durch Anfachung der Kriegshysterie wollen die USA-Politiker den positiven Einfluß des auf der Pariser Außenministerratstagung erzielten

Abkommens auf die internationale Lage ausschalten. Im Lager der Kriegstreiber ruft dieses Abkommen unverhohlene Gereiztheit hervor. Die führenden Kreise der USA und Englands müßten auf das Pariser Abkommen eingehen, denn ihre sogenannte „straffe“ Politik ist in eine Sackgasse geraten. War es den Kriegstreibern nicht gelungen, das Pariser Abkommen zu vereiteln, so versuchen sie jetzt, die positive Wirkung jener Beruhigung zu neutralisieren, die dank dem Abkommen eingetreten ist; sie versetzen die öffentliche Meinung in Unruhe und schlagen künstlich Alarm. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der beiden nicht allzu schlau abgefaßten Dokumente — der Botschaft des Präsidenten Truman und der Broschüre des Staatsdepartements.

Die Imperialisten brauchen Gespanntheit der internationalen Atmosphäre und eine Kriegspsychose, um das Programm zur Vorbereitung eines neuen Krieges auszuführen, das auf den entschlossenen, konsequenteren Widerstand der Völker aller Länder stößt.

In der bekannten Deklaration des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Nordatlantikpakt wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß Pakte dieser Art weder imstande sind, die grundlegenden Gegensätze unter ihren Teilnehmern zu beseitigen, noch die wirtschaftlichen und politischen Positionen der regierenden Kreise der USA und Englands zu festigen. Der Gang der Ereignisse hat dieses Urteil sogar schneller gerechtfertigt, als zu erwarten war. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch die jetzigen Hoffnungen des Präsidenten und des Staatsdepartements, die Niederlage der amerikanischen Außenpolitik verheimlichen und in gewissen amerikanischen Kreisen einen neuen Ausbruch der Kriegshysterie hervorrufen zu können, zum Scheitern verurteilt sind.

Der neue Kreuzzug des Vatikans

W. DUBOWIZKI

BALD jährt sich zum hundertsten Male der Tag, an dem Papst Pius IX. in seiner Bulle vom 8. Dezember 1849 den Kommunismus heftig verurteilte. Marx und Engels erwähnen den Papst in den ersten Zeilen des unsterblichen „Manifests der Kommunistischen Partei“ als erbitterten Gegner des Kommunismus:

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet: der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“

Seit jener Zeit sind hundert Jahre vergangen. Die Ideen des Kommunismus haben glänzende Siege errungen. In allen Erdteilen stehen die Kommunisten an der Spitze der wirklichen Volkskräfte, der Kräfte der Demokratie. Auch heute sind alle Mächte der Reaktion und des Obskurrantismus, die dem Lauf der Geschichte Halt gebieten wollen, in unbändiger Wut gegen den Kommunismus vereint. Unter diesen Mächten nimmt der Vatikan nach wie vor eine hervorragende Stelle ein, nur hat er sich, der Not gehorchend, andere Brotherren gesucht und dient heute nicht der feudalen, sondern der imperialistischen Reaktion.

In diesen hundert Jahren, und ganz besonders in den letzten drei Jahrzehnten, nach der Entstehung des ersten sozialistischen Staates der Welt, hat der Vatikan viele Attacken gegen die Kräfte der Demokratie geritten. Seine jetzige Aktion trägt jedoch einen besonders heftigen und herausfordernden Charakter.

Am 13. Juli 1949 veröffentlichte der vatikanische Offizios „Acta Apostolicae Sedis“ ein Dekret der Congregatio sancti officii (in früheren Zeiten als Inquisition bekannt), das faktisch auf die Exkommunikation aller Kommunisten und aller mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden hinausläuft. Bestrebt, die Werktätigen der demokratischen Bewegung fernzuhalten, verbietet das Dekret den Katholiken, 1. Mitglied einer kommunistischen Partei zu sein oder eine solche auf irgendeine Weise zu fördern, und 2. Bücher, periodische Schriften oder Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen, die für kommunistische Doktrinen eintreten, oder an der Abfassung solcher Presseerzeugnisse teilzunehmen.

Aus dem Dekret der Nachfahren der Inquisition ist es ersichtlich, daß die Exkommunikation zuerst von den Ortspriestern ausgesprochen werden muß. Es ist dies eine Exkommunikation de facto, die durch den gleichen Akt de jure ergänzt werden kann, nämlich durch eine Exkommunikation mit Namensnennung auf Beschuß des Vatikans, was der Verhängung des Kirchenbanns gleichkommt.

Der Sinn des neuen päpstlichen Dekrets ist durchaus klar. Der Vatikan hat nicht nur die Mitglieder der kommunistischen Parteien, sondern auch die werktätigen parteilosen Katholiken, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und die Lösungen und die Politik der kommunistischen Partei ihres Landes unterstützen, auf seine Weise für vogelfrei erklärt. Den kommunistischen Parteien folgen Dutzende Millionen von Werktätigen, von denen ein Teil seine religiösen Überzeugungen beibehält. Es ist ganz natürlich, daß sie in den Gewerkschaften und in zahlreichen anderen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen demokratischen Organisationen mit den Kommunisten zusammenarbeiten, denn die kommunistischen Parteien vertreten und verteidigen konsequent die grundlegendsten, ureigensten Lebensinteressen der Volksmassen. Hierbei proklamieren die kommunistischen Parteien, entgegen allen verleumderischen Behauptungen der Feinde der Demokratie und des Fortschritts, die unbeschränkte Freiheit der Ausübung religiöser Kultushandlungen und setzen diesen Grundsatz in den Ländern, in denen das Ruder der Staatsverwaltung in ihren Händen liegt, unwandelbar in die Tat um.

Somit bedeutet das vatikanische Dekret vor allem die offene Anwendung der Waffe des Religionsterrors und religiöser Erpressung gegen viele Millionen von Gläubigen zu politischen Zwecken, es bedeutet einen Versuch, diese Millionen von Werktätigen der politischen Freiheit und der Gewissensfreiheit zu berauben. Allerdings waren die katholischen Prälaten in den Mitteln zur Erhaltung ihrer Macht über die Köpfe, Seelen und Geldbeutel der Volksmassen nie besonders wählerisch. Seitdem das Papsttum seine weltliche Gewalt faktisch verlor, hat der Vatikan niemals aufgehört, sich am politischen Kampf zu beteiligen, und zwar stets auf Seiten der Ausbeuterklassen.

Der Heilige Stuhl hielt es jedoch immer für notwendig, diese Tatsache sorgfältig zu ver-

heimlichen, indem er die Nichteinmischung der katholischen Kirche in den politischen Kampf herausstrich. Es entsteht natürlich die Frage, weshwegen er sich jetzt entschlossen hat, die Maske abzulegen. Selbst die Allernainsten müssen doch sehen, daß das am 13. Juli 1949 veröffentlichte Dekret die offene Abkehr des Vatikans selbst von der formalen Nichteinmischung in den politischen Kampf bedeutet. Weshalb entrollt der Vatikan eben jetzt das schmutzige Banner des Antikommunismus?

Die Ereignisse, die sich in den letzten Jahren, besonders aber in den letzten Monaten auf dem Schauplatz der internationalen Politik abspielen, geben die Antwort auf diese Frage. Die Machthaber der kapitalistischen Welt verlieren den Boden unter den Füßen. In Europa und Asien haben mehr als eine halbe Milliarde Menschen das Joch des Imperialismus abgeschüttelt; ganz Osteuropa und mehr als die Hälfte der Bevölkerung Chinas sind vom imperialistischen System abgefallen. Hunderte Millionen Menschen in anderen Ländern schließen sich zum Kampf um ihre Befreiung von der imperialistischen Sklaverei zusammen.

Im verschärften Kampf zwischen dem Lager der Demokratie und des Sozialismus auf der einen und dem Lager der Reaktion und des Imperialismus auf der anderen Seite scheuen die Mächte der alten Zeit bei ihren Versuchen, den Fortschritt der Menschheit zu verhindern, vor keinem Mittel zurück. Der vom Vatikan verkündete neue Kreuzzug gegen den Kommunismus ist eines dieser äußersten Mittel, das das Lager des Imperialismus durch den ihm dienstbaren Vatikan anwendet. Und es liegt ein gewisser gesetzmäßiger Zusammenhang darin, daß der Vatikan dieses Dekret gerade in den Tagen verkündet hat, in denen die Völker großartige Manifestationen gegen den Nordatlantischen Vertrag, diesen Pakt der USA-Aggression, veranstalten.

Der päpstliche Stuhl hat auch früher wiederholt demonstriert, daß er zum Lager des Imperialismus gehört. Man erinnere sich z. B. der Kreuzzüge gegen die Sowjetunion, denen der Vatikan jedesmal seinen Segen spendete. Man erinnere sich auch daran, daß der Vatikan in den Jahren des Kampfes der freiheitliebenden Völker gegen die faschistische Barbarei, die die halbe Menschheit auszurotten und die andere Hälfte zu versklaven drohte, auf der Seite des Faschismus stand. Der Papst gewährte Mussolini seinen stillschweigenden Segen, als dieser unter dem abessinischen Volke wütete. Der Papst segnete Franco, der Spanien mit dem Blut Hunderttausender von Arbeitern und Bauern, zum großen Teil gläubiger Katholiken, überschwemmt hat. Der

Vatikan hüllte sich in Schweigen, als Hitler Millionen Menschen, darunter polnische, tschechische, slowakische und französische Katholiken, henkte, erschoß und in den Öfen der Konzentrationslager verbrannte...

Die Völker haben noch die Ereignisse der Nachkriegsjahre in frischer Erinnerung, bei denen die katholischen Kirchenfürsten offen für die englisch-amerikanischen Weltherrschaftsanwärter Partei nahmen. So wurde z. B. bei der italienischen Wahlkampagne im Frühjahr 1948 die 300 000 Mann starke Armee der Mönche und Priester zur Unterstützung der amerikanischen de-Gasperi-Partei aufgeboten; der Vatikan drohte damals allen werktätigen Katholiken Höllenquallen an, wenn sie für die Kandidaten der Demokratischen Volksfront stimmen sollten.

Der Vatikan betätigt sich unentwegt bis auf den heutigen Tag als eine der wichtigsten Propagandazentralen der USA in Westeuropa. In den Ländern der Volksdemokratie beschränkte er sich nicht auf die Propaganda. Es ist erwiesen, daß viele katholische Kirchenfürsten in diesen Ländern mit dem Segen und auf Geheiß des Vatikans Organisatoren und Leiter von Spionage- und Sabotagebanden wurden, die im Auftrag des amerikanischen und englischen Spionagedienstes handelten und mit deren Dollars bezahlt wurden. Auf frischer Tat ertappt, konnten diese Kundschafter selbst nicht länger verheimlichen, daß eine vatikanische Verschwörung im Gange ist, als deren Teilnehmer sie handelten. So z. B. erklärte der vom Vatikan mit Hilfe der tausendzügigen Presse der englischen und amerikanischen Monopole fast zu einem Märtyrer des katholischen Glaubens erhobene Kardinal Mindszenty, als er bei der Verhandlung in Sachen der von ihm geleiteten Spionage- und Sabotagezentrale in Ungarn durch Dokumente überführt wurde:

„Meine Beziehungen zu den Westmächten und zu ihren hiesigen Vertretern erklären sich damit, daß ich mit Hilfe dieser Staaten und in erster Linie der USA den Abzug der sowjetischen Besatzungsstruppen aus Ungarn erreichen“ (es handelte sich um die Zeit vor dem Abschluß des Friedensvertrags) „und dann mit Hilfe der Amerikaner eine Änderung des Regimes herbeiführen wollte. In dieser Absicht stand ich in ständiger Verbindung mit den Budapest-Missionen der westlichen Staaten, in erster Linie mit der USA-Mission.“

Das Geständnis Mindszenty's enthüllt mit restloser Klarheit die Politik des Vatikans als Verbündeten und Agenten der amerikanischen und englischen Kundschafter.

Die Errichtung der volksdemokratischen Regimes in den Ländern Osteuropas, nachdem diese durch die Sowjetunion von der faschistischen Okkupation befreit worden waren, die Agrar-

reformen, die Nationalisierung der Großindustrie und der Banken wie auch die übrigen grundlegenden Umbildungen im Geiste des sozialen Fortschritts setzten der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten in diesem Teile Europas ein Ende. Den Völkern dieser Länder eröffnete sich die breite Bahn zur Entwicklung und Festigung ihrer nationalen Eigenstaatlichkeit, zum wirtschaftlichen Aufschwung, zu einer schnellen Hebung des Lebensniveaus und zum Aufblühen der Kultur. All dies betrachtet der Vatikan als ernsthafte Bedrohung seines Einflusses auf die Volksmassen.

Sinn und Zweck des Dekrets der „heiligen Kanzlei“ vom 13. Juli 1949 wurden von der demokratischen Öffentlichkeit in allen europäischen Ländern sofort durchschaut; sie sah darin mit Recht eine Maßnahme, durch die der Vatikan die Waffe der katholischen Religion zum Schutz der Macht der Dollar- und Atombombenkönige einsetzt. Bestrebt, diese offensichtliche Tatsache wenigstens irgendwie zu bemänteln, versteigt sich die katholische und nichtkatholische Presse der englisch-amerikanischen Monopole zu der Behauptung, der Vatikan habe den Kreuzzug gegen den Kommunismus als Gegen- und Schutzmaßnahme gegen die angebliche Verfolgung der katholischen Religion in den Ländern der Volksdemokratie ergriffen. Aber diese zur Verheimlichung der wahren Sachlage in Umlauf gebrachte Lesart ist durch und durch verlogen, wovon man sich am Beispiel eines beliebigen volksdemokratischen Landes überzeugen kann. Man kann da mit der Tschechoslowakei anfangen, über die die reaktionäre Presse jetzt am meisten heult.

Die Regierung der Tschechoslowakei hat bekanntlich viel guten Willen an den Tag gelegt, um zu einer Verständigung mit der katholischen Kirche zu gelangen; sie hat der Kirche völlige Freiheit zur Ausübung des Gottesdienstes eingeräumt und ihr sogar beträchtliche finanzielle Hilfe erwiesen. So z. B. wurden der katholischen Kirche durch den vorjährigen Staatshaushalt 125 656 000 Kronen angewiesen, dreimal mehr als allen übrigen Kirchen der Tschechoslowakei. Auch der diesjährige Staatshaushalt bewilligt mehr als 125 Millionen Kronen für die katholische Kirche. Schon diese Zahlen widerlegen bereit die verleumderischen Behauptungen der imperialistischen Presse, der tschechoslowakische Staat „verfolge“ den Katholizismus.

Aber trotz dieses Verhaltens der Regierung zur Religion betrat die höchste katholische Geistlichkeit den Weg einer verbrecherischen volks- und staatsfeindlichen Tätigkeit. Die Kirchenfürsten lassen den Priestern in tausenden Exemplaren Hirtenbriefe zugehen und fordern, daß die in

ihnen enthaltenen verleumderischen Erfindungen über angebliche Bedrängung von Seelsorgern durch die tschechoslowakische Regierung von allen Kirchenkanzeln verlesen werden. Es wurden falsche Gerüchte in Umlauf gebracht, man trafe Vorbereitungen zur Verhaftung von Priestern. So wurde, vor allem in der Slowakei, der Versuch gemacht, die Gläubigen zu Aktionen gegen die Behörden zu provozieren. Der Plan zu dieser provokatorischen Kampagne wurde unter unmittelbarer Leitung des Vatikans ausgearbeitet.

Hinter ihren Kulissen aber stehen die imperialistischen Kreise, die sich für das schmähliche Fiasco ihrer Minierungspläne rächen wollen, laut denen die volksdemokratische Ordnung durch ein Häuflein von Verrätern, besoldeten Spionen und Saboteuren zum Sturz gebracht werden sollte.

Die Reaktion hat sich verrechnet. Die erdrückende Mehrheit der Gläubigen in der Slowakei ließ sich nicht provozieren. Die patriotisch eingestellten Gläubigen und die niedere katholische Geistlichkeit vereinigten sich um das Katholische Aktionskomitee. Dieses Komitee stellt sich die Aufgabe, ein Abkommen zwischen Kirche und Staat herbeizuführen, das sowohl den staatlichen und nationalen Interessen der Tschechoslowakei als auch den Interessen der Kirche entspricht.

Im Aufruf des Komitees heißt es:

„Im Interesse der Kirche, der Geistlichkeit und der Gläubigen muß ein Abkommen zwischen Kirche und Staat geschlossen werden, zu dessen Erziehung Millionen Katholiken aufrufen... Die Religionsfreiheit ist bei uns in vollem Umfang verbürgt, und es besteht kein Grund, für diese Freiheit Befürchtungen zu hegen. Man darf sich nicht darüber wundern, daß der Staat seine Sicherheit verteidigt und staatsfeindliche Tätigkeit bekämpft. Nur Feinde der Republik, nur diejenigen, denen das Schicksal der Kirche nicht am Herzen liegt, nur Personen, die daran interessiert sind, durch Verbreitung von Mißtrauen und Verleumdung das ruhige Leben zu stören und künstlich Meinungsverschiedenheiten in unserem Volke hervorzurufen, können verleumderische Gerüchte über Religionsverfolgungen in unserer Republik verbreiten... Wir werden uns dem mit allen Kräften widersetzen und es nicht zulassen, daß die Feinde der Republik die Kirche zu staatsfeindlicher Betätigung ausnutzen, daß die Gotteshäuser zum Schauplatz eines staatsfeindlichen politischen Kampfes werden.“

Auch die katholische Hierarchie Polens hat auf Weisung des Vatikans mit einer Unterwühlungskampagne gegen die volksdemokratische Regierung eingesetzt.

Selbstverständlich kann die volksdemokratische Regierung Polens ebensowenig wie die Regierungen der anderen Länder der Volksdemokratie achtlos an dieser Kampagne vorübergehen, die nunmehr durch das Vatikandekret offiziell gedeckt wird und eine freche Herausforderung an die Völker darstellt, welche die Fesseln des Imperialismus abgeschüttelt haben. Eine gebührende

Antwort auf diese Herausforderung ist die am 27. Juli veröffentlichte Erklärung der polnischen Regierung, in der festgestellt wird, daß

„der Beschuß des Vatikans nichts mit der Sorge um die in Polen geachte und garantierte Freiheit des Glaubens und des Gottesdienstes zu tun hat... Dieser Beschuß will das Ansehen der katholischen Kirche zu Zwecken ausschlachten, die mit der Religion nichts gemein haben.“

Die leitende Kraft des wiedererstandenen polnischen Staates sind die Vereinigte Arbeiterpartei und die mit ihr verbündeten anderen demokratischen Parteien. Wer den Versuch macht, irgend jemand wegen der Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei und Unterstützung dieser Partei zu benachteiligen, der richtet seinen Schlag gegen den Volksstaat... Der erwähnte Beschuß ist nichts anderes als ein neuer abenteuerlicher Versuch, die Gläubigen einzuschüchtern, sie in Gegensatz zur Volksmacht und zum Staat zu bringen, er ist ein Versuch des Vatikans, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, ein Akt der Aggression gegen den polnischen Staat.

Der Beschuß des Vatikans steht im Widerspruch zu den in Polen gültigen Gesetzen. Deswegen kann er in Polen keine Geltung haben und nicht durchgeführt werden.“

Diese Antwort auf die neue Provokation des Vatikans entspricht dem Willen der breitesten Massen des polnischen Volkes, das einig ist in seinem Streben, weiter vorwärtzuschreiten auf dem Wege des Sozialismus, auf dem die Länder der Volksdemokratie bereits große Erfolge errungen haben. Die polnische Zeitung „Trybuna Ludu“ schreibt mit vollem Recht:

„Der Papst schwieg, als die Hitlerfaschisten mit einem in der Geschichte nie dagewesenen Vandalismus Warschau in Staub und Asche legten, a's sie Haus für Haus, Gebäude für Gebäude, Denkmal für Denkmal in die Luft sprengten. Der Papst erhob erst seine haßerfüllte Stimme, als das polnische Volk sein Warschau neu aufzubauen begann. Diejenigen, die es zerstört hatten, erweckten den päpstlichen Zorn nicht, während diejenigen, die es aus den Ruinen auferstehen lassen und die Mauern der zerstörten Kirchen wieder zusammenfügen, auf Drohungen stößen.“

Das vatikanische Dekret ist gegen die fortschrittlichen Kräfte der Menschheit gerichtet. Es steht in direktem Zusammenhang mit den Verfolgungen, denen die fortschrittlichen Gewerkschafter sowohl in den USA als auch in England, den anderen marshallisierten Ländern und in den Kolonien ausgesetzt sind. Dieses Dekret ist eng verbunden mit den Ränken der Feinde der Weltföderation der Gewerkschaften, der Agenten des USA-Imperialismus in der Arbeiterbewegung, die bestrebt sind, diese Bewegung zu spalten, um sie dem Monopolkapital gegenüber wehrlos zu machen. Übereifrige imperialistische Propagandaobergen plaudern manchmal aus, was der wahre Zweck des Julidekrets des Vatikans ist. Ein solches Geständnis entschlüpfte z. B. Radio Rom, als es am 15. Juli dieses Jahres erklärte, in den Ländern Osteuropas werde sich nach der

Veröffentlichung des Vatikandekrets der Widerstand der katholischen Massen gegen die Regierungsmaßnahmen verstärken, in den westeuropäischen Ländern aber die Propagandatätigkeit der kommunistischen Führer unter den Volksmassen sehr erschwert werden.

Es ist durchaus begreiflich, daß das Dekret Pius XII. im Lager der Reaktion stürmische Begeisterung auslöste. Die Reaktionäre aller Schattierungen bauen darauf, daß die werktätigen Katholiken, die Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen angehören, unter der Drohung der Exkommunikation die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien einstellen werden. Aber diese Hoffnungen sind zweifellos zum Scheitern verurteilt.

Schon jetzt veröffentlicht die fortschrittliche französische und deutsche Presse Briefe gläubiger Katholiken, die entschiedenen Protest gegen das Dekret vom 13. Juli erheben und erklären, daß sie sich ihm nicht unterwerfen werden. Überall verstarken die Organisationen fortschrittlicher Katholiken, die sich an die obenerwähnten katholischen Aktionskomitees in der Tschechoslowakei anlehnen. In Polen z. B. hat diese Bewegung schon jetzt einen solchen Umfang angenommen, daß der Vorsitzende des Zentralkrats der polnischen Gewerkschaften, Zawadzki, in einer unlängst im Namen der Gewerkschaften abgegebenen Erklärung über das Vatikandekret mit vollem Recht die Überzeugung äußern konnte:

„... Auf den Ruf der patriotischen und fortschrittlichen polnischen Priester, deren Zahl im Polen des Volkes immer größer wird, werden neue tausende mit dem Volk verbundene Priester kühn zusammen mit diesem Volke gehen, das sich eine bessere Zukunft aufbaut; sie werden mit dem Volke gehen, ungeachtet der Bemühungen der vaterlandslosen Kosmopoliten im Priesterrock, die dem Vatikan selbst dann dienen, wenn er sich nicht als Autorität in Glaubensfragen, sondern als Feind Polens äußert.“

Die meisten Werktätigen verstehen, unabhängig von ihren religiösen Ansichten, daß der Erfolg ihres Kampfes gegen die kapitalistische Sklaverei, für ein menschenwürdiges Lebensniveau, für Frieden und freundschaftliche Zusammenarbeit der Völker allein vom Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse abhängt.

Die Versuche, die Einheit der Arbeiterklasse zu zerschlagen und die Kommunisten von ihren gläubigen Klassengenossen abzusondern, zeugen nicht von der Stärke, sondern von der Schwäche des reaktionären Lagers. Das Vatikandekret behebt diese Schwäche nicht. Es wird ganz im Gegenteil die Werktätigen aller Länder zu noch größerer Einigung, zu noch engerem Zusammenschluß der Kräfte des Lagers der Demokratie und des Sozialismus anspornen.

Das Fiasko des Marshallplans und die Landwirtschaft der USA

R. LAPOW

ALS Truman die Delegierten der jüngsten Tagung der internationalen Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) begrüßte, erläuterte er ihnen gefühlvoll die Tradition des amerikanischen „Danksagungstages“, die jetzt ebenso wie vor 300 Jahren beobachtet werde. Wie man erfährt, waren die ersten Kolonisatoren Amerikas außerordentlich gutmütig und lieblich. Als diese „ersten Ansiedler Amerikas“ den Tag als Erntedankfest begingen, da luden sie, wie Truman versichert,

„die Indianer ein, an ihrem Fest teilzunehmen. An der Festtafel des ersten ‚Danksagungstages‘ wurden Gegenseiter vergessen, und Feinde wurden zu Freunden.“

Diesen Abstecher in die Geschichte brauchte der Präsident, um, nachdem er die Ernte von 1948 für eine „Rekordernte“ erklärt hatte, folgenden kühnen Schluß zu ziehen:

„Der wahre Sinn unseres Festes ist der, von dieser Ernte auch andern mitzuteilen, er liegt in dem Gefühl der warmen Freundschaft und des Wohlwollens für andere, weniger Glückliche als wir...“

Nicht nur in den USA, sondern auch außerhalb ihrer Grenzen ist es wohlbekannt, womit die Gastfreundschaft der amerikanischen Pioniere für die Indianer geendet hat. Man braucht über kein hochentwickeltes Begriffsvermögen zu verfügen, um sich eine klare Vorstellung davon zu machen, welches Los die „weniger Glücklichen“, d. h. die westeuropäischen Völker, erwartet, wenn sie zu lange am Lagerfeuer der gastfreundlichen Marshallisatoren verweilen...

Die Tatsache, daß der Marshallplan Europa nichts als Versklavung gebracht hat, ist nicht mehr zu bestreiten. Versuche, das „Hilfsprogramm für Europa“ als eine Großtat der Selbstverleugnung hinzustellen, werden jetzt sogar in den USA immer seltener unternommen. Pathetische Worte über Moral, christliche Nächstenliebe, Opfer usw. — diese ganze hochtrabende Poesie hat der rauen Prosa Platz gemacht. Vor noch nicht langer Zeit verstieg sich Acheson zu der Behauptung, die Ziele des Marshallplans seien keineswegs „materieller Natur“. Heute ruft die Monopolpresse mit nicht zu verborgender Gereiztheit aus:

„Endlich ist es ganz klargeworden, daß die Marshallhilfe, unter welchem Namen sie in Europa noch immer populär ist, nicht aus rein philanthropischen

Gründen gewährt wird, sondern die Stabilisierung der amerikanischen Produktion und die Stützung des amerikanischen Exporthandels zum Ziel hat.“

So schrieb „The Northwestern Miller“, das Organ der amerikanischen Mühlenmonopole, im Mai d. J.

Aber nicht nur „philanthropische Hilfe“ in Europa, sondern auch die erträumte Stabilisierung der amerikanischen Wirtschaft hat sich als Bluff erwiesen. Die Krisenerscheinungen nehmen auf allen Gebieten der amerikanischen Wirtschaft täglich zu und gewinnen einen immer bedrohlicheren Charakter. Selbst die amerikanische Presse ist nicht mehr imstande, die Krise in der Industrieproduktion totzuschweigen. Aber auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden noch immer Versuche gemacht, den wahren Sachverhalt zu verhüllen. Indes hat eine schwere Überproduktion alle Zweige der amerikanischen Landwirtschaft erfaßt.

In diesem Zusammenhang ist es — als Gegenwicht gegen die Rede des Präsidenten Truman über die Rekordernte — durchaus angebracht, an eine bedeutend aktuellere Äußerung der amerikanischen Zeitung „Tribune“ (Minneapolis) im schwersten Augenblick der Krise von 1929 bis 1933 zu erinnern. Es hieß dort, die Amerikaner, die gewohnt seien, um ihr täglich Brot zu beten, flehten jetzt zu Gott, er möge ihnen dieses Brot nicht mehr bescheren. Das sei eine ebenso eigenartige Anomalie in der Anbetung Gottes wie in der Wirtschaft.

Die „Anomalie“ in der amerikanischen Landwirtschaft zeigte sich mit besonderer Stärke nach dem zweiten Weltkrieg. Das Anschwellen der landwirtschaftlichen Produktion in den USA während der Jahre schweren Ruins in den Ländern Westeuropas war eine Voraussetzung für die jetzt eintretende Krise, in der sich sowohl die inneren als auch die äußeren Absatzmärkte verengt haben und immer mehr verengen.

Die Schrumpfung des Innenmarktes hängt mit der Entwicklung der Wirtschaftskrise der USA und mit dem weiteren Sinken des Lebensstandards der werktätigen Massen zusammen. Die Schrumpfung der Außenmärkte bei allmäßlicher, wenn auch verlangsamter Wiederherstellung der Landwirtschaft in den importierenden Ländern wird durch das Fehlen einer gesunden Grundlage

für einen beiderseits vorteilhaften Handel zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern bedingt.

Da die regierenden Kreise Washingtons die unvermeidliche Anhäufung riesiger Weizenüberschüsse voraussahen, haben sie versucht, die Krise in der Landwirtschaft durch verschiedene „Regulierungsmaßnahmen“ abzuwenden. So wurde 1947 eine Umschaltung der amerikanischen Landwirtschaft von Weizen auf Futterpflanzen sowie auf Tabak, Obst und Gemüse propagiert. Aber im folgenden Jahr, 1948, mußte man Weizen, Tabak, Obst und eine Reihe anderer Waren für überschüssig erklären, denn ein zwangswiseiger Absatz übermäßiger Mengen dieser Waren in den marshallisierten Ländern erwies sich als unmöglich.

Die regierenden Kreise der USA mußten die Farmer zur Einschränkung der Weizenanbauflächen ohne Ersatz durch andere Pflanzensorten auffordern. Die Aufforderungen fruchten nichts, und die Regierung beschloß, zu einer administrativen Regelung der Frage der Anbauflächen zu greifen, gestützt auf ein spezielles Agrargesetz, das der Kongreß im Juli v. J. annahm. Darin ist vorgesehen, die Weizenanbaufläche für das Landwirtschaftsjahr 1950 um 17 Prozent einzuschränken. Das neue Agrargesetz sieht ab 1950 auch eine starke Kürzung der Darlehen vor, die den Farmers gegen Verpfändung ihrer Getreideernte ausgezahlt werden. Außerdem haben die Monopole, die bei den Farmers Getreide ankaufen, schon jetzt eine Einschränkung der Pfandoperationen durchgesetzt und künstlich einen Mangel an Speicherraum herbeigeführt.

Im Frühjahr d. J. stellte es sich heraus, daß die Lage im Weizenanbau bedrohlichen Charakter angenommen hat. Nach einer offiziellen Berechnung des Landwirtschaftsdepartements werden die Jahresüberschüsse an Weizen 1950 den in der Geschichte des Landes beispiellosen Umfang von 13,6 Millionen Tonnen erreichen. Das übertrifft den Höchstumfang der Vorräte in der schwersten Krisenzeit der Jahre 1929—1933 um 30 Prozent.

Versuche, die Konjunktur an der Getreidebörsen durch vielversprechende Hinweise auf im Rahmen des Marshallplans bevorstehende große Weizenlieferungen nach Europa zu heben, führen zu nichts. Im Hinblick auf die riesige Überproduktion an amerikanischem Getreide und die Verringerung der Möglichkeiten für den amerikanischen Getreideexport reagiert die Börse auf alle Versprechungen mit einem unaufhaltsamen Preissturz. Selbst Meldungen über eine bedeutendere Senkung in der letzten Schätzung der neuen Weizernte (vom Juli) wurden von der Börse mit — einem neuen Preissturz beantwortet!

Jetzt ist es bereits klargeworden, daß der Marshallplan die zahllosen Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt nicht nur bestehen ließ, sondern sie sogar noch verschärft hat. Zugenumen haben die Gegensätze zwischen den USA und den marshallisierten Ländern sowie zwischen den einzelnen an der „europäischen Zusammenarbeit“ beteiligten westeuropäischen Ländern.

Besonders charakteristisch ist eine krasse Zuspiitung der Differenzen zwischen den USA und den andern Ländern der westlichen Hemisphäre. Unter den Aufgaben, die mit Hilfe des Marshallplans gelöst werden sollten, räumten seine Initiatoren der Verstärkung des USA-Einflusses auf Kanada, Argentinien und andere Länder des amerikanischen Kontinents einen wichtigen Platz ein. Durch Finanzierung des landwirtschaftlichen Exports aus diesen Ländern nach Westeuropa glaubten die USA ihre Kontrolle über deren Wirtschaft verstärken zu können.

Die Bezahlung der Lieferungen Kanadas, Argentiniens und anderer lateinamerikanischer Länder mit Summen, die für die „Europahilfe“ bewilligt wurden, sollte die Ankäufe dieser Länder in den USA stimulieren. Auf diese Weise würde das unter den Verhältnissen des Dollardefizits sehr schwierige Problem einer Erweiterung des USA-Exports nach den Ländern der westlichen Hemisphäre scheinbar äußerst einfach gelöst, die Dollars der amerikanischen Steuerzahler, aus deren Taschen die Mittel zur Finanzierung des Marshallplans geholt werden, würden dabei jedoch wiederum in die Geldschränke der amerikanischen Monopole wandern.

Aber das Anwachsen der Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den USA brachte diesen schlau erdachten Plan rasch zum Scheitern.

Hinsichtlich der Finanzierung des argentinischen Getreideexports mit Dollars gedieh die Sache nicht weiter als bis zu Versprechungen. Anfangs beriefen sich die Nordamerikaner darauf, daß die argentinischen Waren zu teuer seien. Als aber die argentinische Regierung Zugeständnisse machte, erklärte Dr. Dennis Fitzgerald, Chef der Lebensmittelabteilung der Marshallplanadministration, obwohl sich die Regierung Argentiniens bereit erklärt habe, ihre Waren zu konkurrenzfähigen Preisen zu verkaufen, seien

„die Perspektiven für eine Finanzierung der Getreideankäufe in Argentinien aus den laut Marshallplan bewilligten Summen infolge der Aussichten auf eine große Getreideernte in den USA nicht gut“.

Im Ergebnis dessen wurde für Getreideankäufe für die marshallisierten Länder in Argentinien nicht ein Dollar verausgabt.

Was das wirtschaftlich äußerst eng mit den USA lierte Kanada betrifft, so hielt es die Administration anfangs nicht für möglich, die Finanzierung von Weizenlieferungen im Rahmen des vierjährigen englisch-kanadischen Abkommens zu verweigern. Als die USA aber einen Teil der Mittel für Getreidelieferungen Kanadas zur Verfügung stellten, regelten sie rücksichtslos dessen Getreideexport. So wurde ein Abkommen Kanadas mit Italien über Haferankäufe von der Marshallplan-administration annulliert, da der Hafer zur Überschusshülle der USA erklärt wurde. Das gleiche Geschick ereilte Kanadas Abkommen mit Italien über Mehllieferungen, obwohl man Mehl formal nicht zu den Überschusshälften der USA rechnete. Im April d. J. aber wurde erklärt, ab 1. März (also rückwirkend!) würden laut Marshallplan keine Mittel mehr zur Begleichung kanadischer Weizenlieferungen zur Verfügung gestellt werden. Das nötigte England, die kanadischen Weizenlieferungen aus seinem eigenen spärlichen Dollarvorrat zu bezahlen. Die bar bezahlte Summe — 70 Millionen Dollar — machte mehr als ein Viertel des Gesamtrückgangs der Devisenreserven der Sterlingzone in der Zeitspanne vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. aus.

England mußte dies „Osterei“, wie der Londoner „Economist“ die Aprilmeldung nannte, stillschweigend schlucken.

Die amerikanische Zeitschrift „United States News and World Report“ schreibt aus einem ähnlichen Anlaß:

„Inzwischen wird die Taktik der Administration für europäische wirtschaftliche Kooperation immer rauer... Die Administration knallt furchtlos mit der Peitsche... Die westeuropäischen Länder, die ein Peitschenhieb tragen, sind verletzt und gekränkt. Aber die Dollarhilfe zwingt sie, ihren Stolz hinunterzuschlucken. Die westeuropäischen Länder begreifen allmählich, daß sie sich von den Sachverständigen der Administration in Washington noch sehr viel werden gefallen lassen müssen.“

Der von den USA gefaßte Beschuß, die Finanzierung der kanadischen Weizenlieferungen an England einzustellen, sollte zweifellos nicht nur die Ansprüche der amerikanischen Getreidehandelsmonopole befriedigen, sondern auch den Prozeß der Erschöpfung der ohnehin schon spärlichen Devisenreserven Englands beschleunigen. Aber dieser Sieg der amerikanischen Getreidehandelsmonopole über die ausländischen Konkurrenten bedeutet ein Scheitern der Versuche, den Marshallplan für eine Stärkung der Positionen des USA-Imperialismus in den Ländern der westlichen Hemisphäre auszunutzen.

Je tiefer sich die Krisenerscheinungen ausprägen, um so erbitterter wird auch der innere

Kampf zwischen den USA-Monopolen um einen Happen vom Marshallplankuchen.

Während in den Ausschüssen des USA-Kongresses für auswärtige Angelegenheiten die Marshallplanbewilligungen für das zweite Geltungsjahr des Plans debattiert wurden, rissen die Vertreter von 109 verschiedenen Monopolistengruppen schon vor Festsetzung des Gesamtfonds die noch ungeborenen Bewilligungen buchstäblich in Stücke, um ihren Anteil möglichst zu vergrößern. Der schärfste Kampf entspinnt sich zwischen den Monopolen verwandter Warengruppen. Besonders wütend raufen die Getreidehandels- und die Mühlenmonopole miteinander.

Wie bekannt, wurde in dem am 3. April v. J. vom USA-Kongreß angenommenen sogenannten Gesetz über Auslandshilfe festgelegt, daß nicht weniger als 25 Prozent des laut Marshallplan zu liefernden Weizens in Form von Mehl ausgeführt werden sollen. Dieser Punkt des Gesetzes, der nach dem Diktat der amerikanischen Mühlenmonopole niedergeschrieben wurde, warf ihnen grandiose Gewinne ab, da das Mehl zu Preisen geliefert wurde, die die Getreidepreise und die Unkosten für das Vermahlen bedeutend überstiegen.

Der Mehlimport aus den USA schädigte die Mühlenindustrie der westeuropäischen Länder ungeheuer. Die europäischen Länder bemühten sich, diese zusätzliche Last loszuwerden, und zwar mit solcher Hartnäckigkeit, daß der Marshallplanadministrator Hoffman sich gezwungen sah, die Frage einer entsprechenden Abänderung des Gesetzes aufzuwerfen. Das machten sich die Getreidehandelsgesellschaften zunutze. Sie versetzten den Mühlenbesitzern einen Hieb in den Rücken, indem sie ihrerseits forderten, die Weizenlieferungen sollten auf Kosten der Mehllieferungen vergrößert werden. Sie begründeten ihre Ansprüche damit, daß man statt des überzeugten Mehls im Rahmen der vorhandenen Bewilligungen eine bedeutend größere Menge Getreide aussuchen könnte.

Die empörten Monopolherren der Mühlenindustrie versuchten in populärer Form zu erläutern, daß eine solche Maßnahme nur Westeuropa von Nutzen sein werde. „The Northwestern Miller“ schreibt:

„Das vorliegende Problem, den Mehlexport handel dieses Landes sicherzustellen und auszubauen, ist kompliziert und sieht nicht so aus, als ob es durch eine so simple Methode gelöst werden könnte, selbst das Heim fortzugeben, damit ein europäischer Konkurrent recht bald nicht mehr ohne Hemp sei.“

Das Organ der amerikanischen Mühlenmonopole hätte das wahrhaft räuberische Wesen der amerikanischen „Hilfspäne“ für Westeuropa wohl kaum klarer ausdrücken können!

Der Konflikt zwischen den Mühlenbesitzern und den Getreidehändlern wurde nicht durch die Proteste der europäischen Importeure noch auch durch die Forderungen der amerikanischen Getreidehandelsmonopole beigelegt. Der Pflichtanteil der Mehllieferungen wurde beträchtlich herabgesetzt. Entscheidende Bedeutung hierbei hatte das bedrohliche Anwachsen der Getreide-

vorräte, das zu beliebigen Maßnahmen oder, wie man richtiger sagen sollte, Halbmaßnahmen nötigt, da ihre Halbheit offensichtlich ist.

Die Krise tritt immer mehr in ihre Rechte ein. Der Marshallplan erwies sich als ebenso machtlos, ihre Entwicklung aufzuhalten, wie die früheren wiederholten Versuche, das Chaos in der kapitalistischen Wirtschaft zu „regeln“.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE TOTENGRÄBER DER GEWERKSCHAFTSRECHTE

Auf Anregung der Weltföderation der Gewerkschaften begann der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO vor mehr als zwei Jahren den Schutz der unverbrüchlichen Gewerkschaftsrechte zu erörtern. Im März 1947 beschloß die Mehrheit des Rats auf einen Fingerzeig der amerikanischen und englischen Vertreter, diese Frage an das Internationale Arbeitsamt weiterzuleiten. Die Delegierten der Sowjetunion und anderer demokratischer Länder wiesen schon damals warnend darauf hin, daß ein derartiger Beschuß einen Verzicht auf den Schutz der Gewerkschaften bedeutete, deren Rechte in den kapitalistischen Ländern immer mehr geschmälert werden.

Die Ereignisse der folgenden Monate bestätigten die Richtigkeit dieser Warnung volllauf. In Argentinien, Birma, Brasilien, Chile, Spanien, Griechenland, Ägypten, im Iran, in Indien, Portugal, Malaya, Peru, im Libanon, in der Südafrikanischen Union, in Australien und anderen Ländern ließen die Behörden Polizeirepressalien auf die Gewerkschaften niederhageln. In einer Reihe von Ländern wurden die demokratischen Gewerkschaften zerschmettert, ihre Führer ins Gefängnis geworfen oder ermordet. Tausende von Gewerkschaftsaktivisten wurden ungesetzlich verhaftet. Die Regierungen dieser Länder fabrizierten gewerkschaftsfeindliche Gesetze. Den Arbeitern ist das Streikrecht de facto — in manchen Ländern aber auch de jure — genommen. Das Internationale Arbeitsamt hat jedoch, wie auch zu erwarten gewesen war, nichts zum Schutze der mit Füßen getretenen Gewerkschaftsrechte unternommen.

Ende Juli d. J. erörterte der Wirtschafts- und Sozialrat erneut die Frage der Gewerkschaftsrechte. Obwohl der Versuch einer Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt unverkennbar mißlungen ist, schlugen die Delegierten Englands und der USA erneut vor, die Frage gänzlich an dieses Amt zu überweisen und ihm Auftrag zur Bildung eines Ausschusses für Gewerkschaftsrechte zu erteilen.

Unverkennbarer Zweck eines derartigen Antrags ist die Vereitelung einer wirksamen Lösung der Frage. Das Internationale Arbeitsamt wünscht und vermag nichts Nutzbringendes in dieser Richtung zu tun. Bekanntlich sind viele Mitgliedsländer der UNO nicht an diesem Amt beteiligt. Aber auch seine Teilnehmer tragen seinen Beschlüssen und Empfehlungen in keiner Weise Rechnung. Selbst die USA, deren Vertreter im Internationalen Arbeitsamt die erste Geige spielen, ratifizierten nur 5 seiner innerhalb von 30 Jahren angenommenen 90 Konventionen. Viele Konventionen sind von keinem einzigen Staat ratifiziert.

Die Sowjetdelegation enthüllte die plumpen Machenschaften der englisch-amerikanischen Totengräber der Gewerkschaftsrechte und brachte ein Resolutionsprojekt ein, das diese Rechte gewährleisten soll. Im Sowjetprojekt wird dem Wirtschafts- und Sozialrat folgendes vorgeschlagen:

Allen der UNO angehörenden Staaten zu empfehlen, schleunigst gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, die die Rechte sowie die freie Betätigung der Gewerkschaften sicherstellen; ferner die Ausführung der entsprechenden Gesetze und Verfügungen einer ständigen Kontrolle zu unterziehen.

Einen Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialrats aus Vertretern des Rats, des Internationalen Arbeitsamts und der Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen zu bilden zwecks Prüfung der Gesetzgebung über die Gewerkschaftsrechte, Untersuchung vorkommender Verstöße gegen diese Rechte und Ausarbeitung von Empfehlungen zu ihrer Sicherstellung.

Auf einen Wink des englisch-amerikanischen Dirigentenstabs lehnte die Mehrheit der Ratsherren jedoch das sowjetische Resolutionsprojekt ab und stimmte für den Antrag Englands und der USA. Selbst die Delegierten Frankreichs und des Libanon, die den englisch-amerikanischen Antrag kritisiert hatten, konnten sich nicht entschließen, dagegen zu stimmen, und enthielten sich feige der Stimme.

So ist eine wichtige Angelegenheit, an der Millionen und aber Millionen Werktätiger zutiefst interessiert sind, erneut zu Grabe getragen worden. Die englisch-amerikanischen Totengräber haben sich nicht von ungefähr solche Mühe gegeben: organisieren sie doch selbst die Hetze gegen die demokratischen Gewerkschaften, nicht nur im kolonialen Malaya oder im halbkolonialen Iran, sondern auch in ihren eigenen Ländern. Es genügt, an das berüchtigte amerikanische Taft-Hartley-Gesetz zu erinnern!

Die Abstimmung über die Gewerkschaftsrechte im Wirtschafts- und Sozialrat ist ein neuer krasser Strich, der das Gesamtbild der englisch-amerikanischen Würger der demokratischen Rechte der Werktätigen noch mehr verdeutlicht.

MANÖVER DER ITALIENISCHEN REVANCHISTEN

Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf betreffs Ratifizierung des Nordatlantischen Vertrags im italienischen Senat lag auf der einen Waagschale die Protestpetition des Volkes mit 7 Millionen Unterschriften gegen den Anschluß Italiens an das neue Abenteuer der Kriegsbrandstifter, auf der andern lag der Befehl des amerikanischen Stabes... Dieser wog schwerer: mit 175 Stimmen gegen 81, bei einer Stimmabstaltung, ratifizierte der Senat den aggressiven Vertrag.

Die Sowjetregierung hat die italienische Regierung vor noch nicht langer Zeit in einer besonderen Note auf die Unvereinbarkeit ihres Anschlusses an den Nordatlantischen Vertrag mit dem Friedensvertrag hingewiesen und die Verantwortung betont, die die italienische Regierung im Zusammenhang mit dieser Verletzung des Friedensvertrages trifft.

Die Regierung Italiens ist nicht in der Lage, die Verletzung des Friedensvertrags zu rechtfertigen. In ihrer Antwortnote, die Außenminister Graf Sforza im Senat verlas, blieb der Regierung Italiens nichts anderes übrig, als Ausflüchte zu suchen und zu lügen, schamlos zu lügen.

Auf drei „Säulen“ ruht Italiens Antwort, und alle drei „Säulen“ erweisen sich bei näherer Prüfung als läugenhafte Luftgebilde.

Lüge Nr. 1. Wieder wird im Gegensatz zu den sinnfälligen Tatsachen erklärt, der Nordatlantische Vertrag habe „ausschließlich Verteidigungscharakter“. Wer will denn Italien überfallen? Niemand. Gegen wen richtet sich das System umfangreicher Militärmaßnahmen, die die am Nordatlantischen Vertrag beteiligten Länder ausarbeiten und durchführen? Gegen die Sowjetunion und die Staaten der Volksdemokratie. Das ist eine allbekannte Tatsache.

Lüge Nr. 2. In der Antwort wird erklärt, Italien überschreite durch Beteiligung am Nordatlantischen Vertrag und durch sein Ansuchen um militärische Hilfe bei den USA nicht die Grenzen der Friedensvertragsartikel. Hier sei daran erinnert, was der italienische Verteidigungsminister Pacciardi ebenfalls im Senat am 9. Oktober v. J. sagte. Er erklärte, alle Streitkräfte seien bereits mit den Anforderungen des Friedensvertrags in Einklang gebracht. Was bedeutet also dann die proklamierte weitere Verstärkung der italienischen Streitkräfte und der Ausbau der Rüstungsindustrie? Zweifellos eine offene Verletzung des Friedensvertrags.

Lüge Nr. 3. Im zweiten Teil ihrer Antwort versteigt sich die italienische Regierung in ihrem Bestreben, die Schuld auf Unschuldige abzuwälzen, zu dem plumpen Versuch, die — Sowjetunion (!) einer Verletzung des Friedensvertrags zu zeihen. Die Sowjetunion habe Italiens Bitte um Aufnahme in die UNO nicht unterstützt.

Wenden wir uns wiederum den Tatsachen zu. Schon am 21. Juni hat die Sowjetregierung, in der Ansicht, die Frage einer Aufnahme neuer Mitglieder sei unverzüglich zu erledigen, die gleichzeitige Aufnahme der 12 Staaten in die UNO beantragt, deren Aufnahmegesuche schon wiederholt im Sicherheitsrat erörtert worden waren. Zu diesen 12 Staaten gehört auch Italien. Die Sowjetunion nahm ihre ernsten Einwände gegen die Aufnahme mancher Staaten zurück, eben weil sie die Erledigung der verschleppten Frage beschleunigen wollte.

Was geschah denn weiterhin? Die Vertreter der USA und Englands, die gegenüber den Ländern der Volksdemokratie — Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Mongolischen Volksrepublik, Ländern, die das volle Recht

haben, in die UNO aufgenommen zu werden — eine Diskriminierungspolitik betreiben, vereiteln erneut die Erledigung der Frage und unterstützen den Sowjetantrag nicht. Wer ist es denn nun, der in Wirklichkeit sein Vetorecht mißbraucht und die Aufnahme neuer Mitglieder, darunter auch Italiens, in die UNO hemmt? Die USA und England, keineswegs aber die Sowjetunion.

So zerfällt das hältlose und lügnerische Manöver der italienischen Regierung, die es sich einfallen ließ, die Weltöffentlichkeit betrügen und sich vor der Verantwortung drücken zu wollen, angesichts der unstreitigen Tatsachen im Staub und Asche. Der italienische Ministerpräsident de Gasperi erklärte im Senat:

„Wenn Sie den Sinn unserer Note gut verstanden haben, dann werden Sie erkennen, daß zusammen mit dem Nordatlantischen Vertrag die Sense der Gerechtigkeit das Unkraut des Friedensvertrags abzumähen beginnt.“

Diese offen revanchistische Erklärung wirft sämtliche Argumente der italienischen Note über den Haufen. Sie bestätigt restlos die Stichhaltigkeit der von der Sowjetregierung erhobenen Anschuldigung. Vergebens treibt de Gasperi mit dem Wort „Gerechtigkeit“ Schindluder. Für die Völker bedeutet Gerechtigkeit Einhaltung internationaler Abkommen und Verpflichtungen, nicht aber ihre Verletzung, die niemals zu etwas Gute führt.

DIE AUSTRALISCHEN ARBEITER WEHREN DEN ANSTURM DER REAKTION AB

Anderthalb Monate dauert der Streik der australischen Bergarbeiter, die sich zum Kampf um Lohnerhöhung, Verkürzung des Arbeitstags und Verstaatlichung der Gruben erhoben haben. Heute hat dieser Kampf den Rahmen eines Konflikts zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern gesprengt. Er hat den Maßstab eines erbitterten Zusammenstoßes zwischen der gesamten Arbeiterklasse Australiens und dem Lager der Reaktion angenommen, wobei sich in diesem Lager die Kapitalisten, die Labourregierung und die rechtssozialistischen Bonzen des australischen Gewerkschaftsrats zusammengetan haben.

Die Reaktion hat ihr ganzes Räuberarsenal aufgeboten. Die Regierung hat ein drakonisches Gesetz angenommen, das die Streikenden dem Hunger preisgibt. Die Führer der Gewerkschaftsföderation der Bergarbeiter und anderer Gewerkschaften, die den Streik unterstützten, wurden ins Gefängnis geworfen. Durch Aussperrung haben die Industriellen mehr als 700 000 Arbeitern Beschäftigung und Existenzmittel entzogen, in der Hoffnung, sie gegen die streikenden Bergarbeiter aufzubringen. Am 2. August wurde durch Regie-

rungserlaß Militär in die Bergwerke entsandt, wo Kohle im Tagebau gewonnen werden kann. Der Einsatz von Militär bei Industriekonflikten widerspricht der australischen Verfassung. Aber die Labourregierung erhebt jede beliebige Ungesetzlichkeit zum Gesetz, um den Willen der Werktaftigen zu brechen.

Die Labourpartei hat auch ihre Provokateure in die Streikgebiete entsandt mit der Aufgabe, die Arbeiterklasse zu spalten. Als Rädelshörer dieser Provokateure tritt auf Kundgebungen Informationsminister Calwell auf. Von der üblichen Demagogie und den Überredungsversuchen ist dieser Labourminister in letzter Zeit zu einer Pogromagitation übergegangen. Auf einer Kundgebung in Sydney erklärte er:

„Ganz gleich, was sie“ (die Bergarbeiter) „denken, sagen oder tun, nichts kann die Regierung hindern, den Bergarbeiterstreik abzubrechen“,

worauf er eine „Säuberung der Gewerkschaften“ verlangte.

Auf einer Kundgebung in Cessnock gab Calwell darüber Aufklärung, wie er sich eine „Säuberung der Gewerkschaften“ denkt. Er sagte:

„Wir werden sie“ (die Kommunisten) „besiegen, indem wir sie zerschmettern, und wir machen bei der Bergarbeiterföderation, bei der Föderation der Hafenarbeiter und beim Einheitsverband der Metallarbeiter den Anfang.“

Aus den Reden Calwells kann die Arbeiterklasse Australiens entnehmen, welches Programm ihre Feinde haben. Mutig und standhaft wehren die Arbeiter den Ansturm der Reaktion ab. Am 30. Juli veröffentlichte das zentrale Streikkomitee einen Aufruf an alle Bergarbeiter, in dem es heißt:

„Ebenso wie die Sperrung der Gewerkschaftsgelder, die Einkerkierung von Arbeiterführern, die Polizeidrohungen und die Lügenpropaganda zu nichts geführt haben, ebenso erklären wir, daß die Bergarbeiter Gewaltdrohungen nicht nachgeben werden. Solche Methoden bestärken uns nur in unseren Forderungen.“

In der ganzen Welt wächst die Bewegung der Solidarität und moralischen Unterstützung für das kämpfende Proletariat Australiens. Die Werktaftigen Australiens, die bei allen progressiven Kräften der Welt Rückhalt finden, sind bestrebt, den Kampf für ihre Lebensrechte zum Sieg zu führen.

AUF DER SUCHE NACH EINEM AUSWEG

Der Einfluß der beginnenden Krise wirkt sich immer stärker auf die Wirtschaft Finlands aus. Die Holz- und Holzwarenindustrie verliert Absatzmärkte. Es wird weniger Holz geschlagen. Die Arbeitslosigkeit nimmt bedrohlich zu. Allerdings ist sie im Sommer infolge der Saisonarbeiten etwas zurückgegangen. In politischen Kreisen Finlands aber macht man sich keine besonderen

Illusionen. Jedermann begreift, daß die Zahl der Arbeitslosen im Herbst wieder zunehmen wird.

Die sozialdemokratische Regierung Fagerholm, die ihre Politik den Interessen der Großbourgeoisie, in erster Linie der Exportfirmen unterordnet, sucht einen Ausweg aus der entstandenen Situation durch Senkung des Lebensstandards der Werktätigen. Trotz der vor kurzem erfolgten Altwertung der finnischen Mark, die eine neue Preissteigerung verursachte, und trotz der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung wird mit stillschweigender Billigung der sozialdemokratischen Regierung überall im Lande der Lohn der Arbeiter gesenkt. Auch die Einkünfte der landarmen Bauern gehen zurück.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Unzufriedenheit mit der volksfeindlichen Politik der Regierung anwächst. Die Arbeiter nehmen einen Kampf für Lohnerhöhung auf. Die Arbeiter der Stadt Kemi streiken. Kürzlich haben mehrere Gewerkschaften, die über 100 000

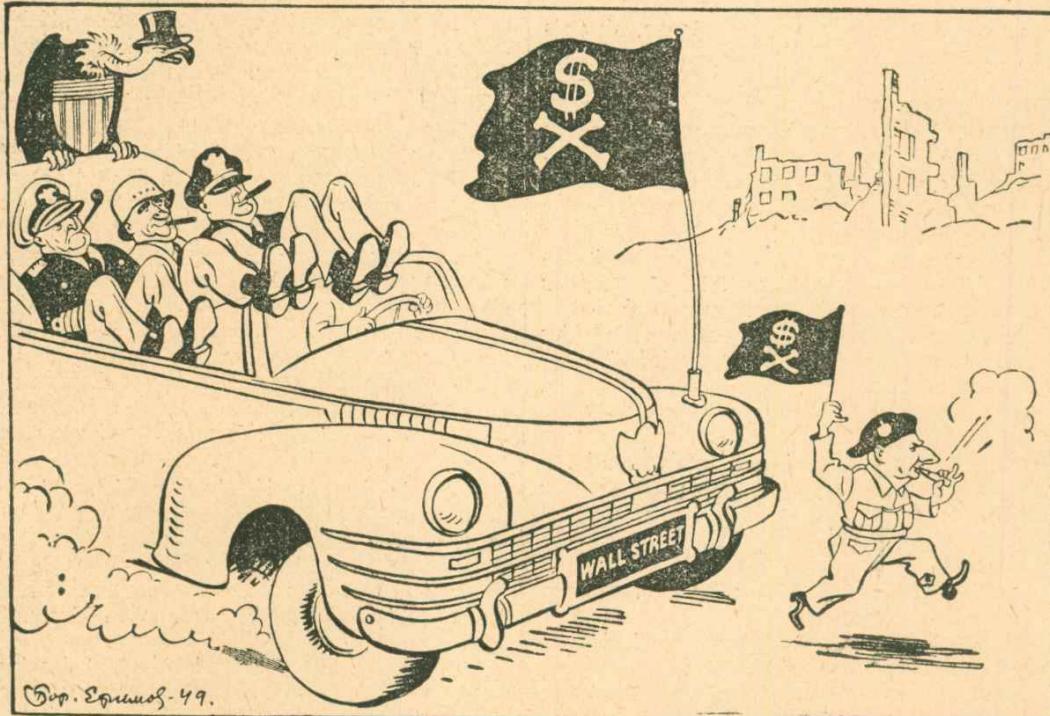
Arbeiter vertreten, entschieden Lohnerhöhung gefordert. Wie die finnische Presse meldet, wird in den nächsten Monaten eine ausgedehnte Streikbewegung erwartet.

Die am Gängelband der reaktionären Kräfte Finnlands laufende Regierung Fagerholm macht diesen Kräften ein Zugeständnis nach dem andern. Sie amnestierte Hauptkriegsverbrecher, sprach Organisatoren geheimer Waffenlager frei, vertrieb demokratisch gesinnte Beamte aus dem Staatsapparat, und alle diese volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung Fagerholm lassen die Unzufriedenheit im Volke anschwellen. Die Sozialdemokraten verlieren an Einfluß unter den Massen, die Kommunisten und Volksdemokraten aber werden immer populärer. Jetzt ist man sogar in bürgerlichen Kreisen der Ansicht, die Tage der Regierung Fagerholm seien gezählt.

Aber die Regierung will sich nicht damit abfinden. Sie sucht es so hinzustellen, als hätten die Sozialdemokraten einen neuen Plan zur Bekämpfung

NACH WESTEUROPA UM KANONENFUTTER

(Zur Reise Bradleys, Vandenberg und Denfelds)



Rundfahrt durch die westeuropäischen Besitzungen...

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

der entstandenen Schwierigkeiten. Offenbar sollte die am 29. Juli erfolgte Ernennung zweier neuer Minister — Huunonen und Varjonen — diesem Zweck dienen.

Die Ernennung Huunonens, des Vorsitzenden des Zentralverbands der finnischen Gewerkschaften, zum zweiten Minister für das Verkehrswesen und für öffentliche Arbeiten soll den Willen der Regierung plakatieren, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Den Arbeitern Finnlands aber ist bekannt, daß Huunonen als Führer des Gewerkschaftsverbands in allen Arbeitskonflikten stets auf Seiten der Unternehmer stand. Dieser typische Gewerkschaftsbonze wird der Regierung wahrlich kaum zur Zier gereichen und ihre Autorität unter den Massen kaum heben.

Noch anrüchiger ist der andere neuernannte Minister, Varjonen. Er wurde zum Minister für Wirtschaftskoordinierung ernannt, d. h. er koordiniert die Tätigkeit aller Minister, die für Wirtschaftsfragen zuständig sind.

Die bürgerliche Presse gab sich gleich am Tage nach Varjonens Ernennung mit der Reklame für ihn redliche Mühe. Man schrieb über ihn, er sei „ein Mann der starken Hand“, ein „finnischer Cripps“ u. a. m. In Finnland wird sich aber kaum jemand finden, der das glaubt.

Kurz vor dem Kriege war Varjonen, damals noch Student, ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, während des Krieges aber, bis zum Waffenstillstand, Aktivist der profaschistischen „Waffenbrüderschaft“, die zu einem Raubzug „bis nach dem Ural“ aufforderte. Während des Krieges reiste er nach Hitlerdeutschland. Nach dem Kriege machte er in der Sozialdemokratischen Partei rasch Karriere und ist jetzt Sekretär ihres Exekutivkomitees. Eine solche Biographie imponeert der Reaktion. Nur hiermit ist offenbar zu erklären, warum die Wahl auf ihn gefallen ist.

Aber dieser knirpsige Abenteurer, Feind der Demokratie und der Sowjetunion, wird sich für die Regierung Fagerholm nicht als Rettungsring, sondern als Stein um den Hals erweisen, denn das finnische Volk ist nicht mehr das gleiche, das es vor dem Kriege war. Es wird imstande sein, jeglichen Versuchen einer Abenteurerpolitik Schach zu bieten.

HELDENTAT VON PIRATEN

Die „Amethyst“ hat eine großartige Heldentat vollbracht... Premierminister Attlee sandte ein Glückwunschtelegramm an den Kapitän des Fahrzeugs sowie an die ganze Mannschaft.

So lautete die Morgenmeldung des Londoner Rundfunks vom 31. Juli über eine Fahrt des briti-

schen Kriegsschiffs „Amethyst“ auf dem Jangtsekiang. In den Londoner Blättern tauchten Siegesberichte auf: „Schneidige Jangtsekiangfahrt“, „Heldentat nach den besten Traditionen der englischen Marine“ u. a. m.

Im April d. J.; zur Zeit der Kämpfe um Nanking, schickte der englische Admiralstab den Kuomintangtruppen die Fregatte „Amethyst“ zu Hilfe. Ihre Kanonen und Maschinengewehre beschossen die Stellungen der Volksbefreiungstruppen Chinas. Ihrem Feuer erlagen Hunderte chinesischer Soldaten. Die Zeiten, wo englische Schiffe ungestraft Raubzüge in den chinesischen Binnengewässern unternehmen konnten, sind jedoch vorbei. Die Volksbefreiungstruppen zwangen die Geschütze der „Amethyst“ zum Schweigen und hielten das Schiff auf. Das Oberkommando der Volksbefreiungstruppen forderte von den englischen Behörden: erstens Anerkennung der unzweifelhaften Tatsache, daß durch die Invasion der „Amethyst“ die nationale Souveränität Chinas in verbrecherischer Weise verletzt worden war; zweitens, daß sie zu Verhandlungen über den Schadenersatz bereit seien, den China durch diese verbrecherische Invasion erlitten hat.

Statt dessen begann der Kapitän der „Amethyst“ mit dem Segen der obersten englischen Behörden am Abend des 30. Juli seine „Heldentat“, die darin bestand, das Schiff in der Dunkelheit Reißaus nehmen zu lassen.

Die Flucht eines Kriegsschiffes ist an und für sich nicht gerade eine Heldentat. Diesmal aber war sie von besonders schmählichen Umständen begleitet. Nachdem der Kapitän der „Amethyst“ den Beschuß zur Flucht gefaßt hatte, zwang er einen den Jangtsekiang abwärts fahrenden chinesischen Dampfer, die „Kiangling“, die Hunderte von Passagieren an Bord hatte, neben der Fregatte herzufahren und diese gegen Artilleriefeuer zu decken. Die Truppen bemerkten die Flucht der „Amethyst“ und signalisierten die Aufforderung zum Beidrehen; der Kapitän der englischen Fregatte antwortete mit einer Beschließung des Dampfers „Kiangling“, der in Brand geriet und versank.

Wie die Agentur Hsinhua meldet, fuhr die „Amethyst“, als die Soldaten der Volksbefreiungsarmee den untergehenden Passagieren der „Kiangling“ zu Hilfe eilen wollten, rasch an ihren Dschunkern vorbei und beschoss sie. Die Folge war, daß die meisten Passagiere sowie viele Dschunken untergingen.

So sieht die „großartige Heldentat“ des Kapitäns der Kriegsmarine Kerans aus, der ebenso wie die Admirale, die ihm den Segen erteilten, die Wesenszüge eines englischen Seeoffiziers mit denen eines Räubers und Piraten glücklich in sich

vereint. Übrigens ist eine solche Kombination nicht neu, und es hat seinen guten Grund, wenn die Londoner Blätter die Piratentat von Kerans zu den „Traditionen der englischen Marine“ rechnen. Diese Traditionen gehen noch auf die Zeiten Francis Drakes zurück, eines englischen Admirals und Piraten aus dem 16. Jahrhundert, der viele tausend Menschenleben auf dem Gewissen hat. Die Großtat Kerans' hat nicht wenig Ähnlichkeit mit den Raubtügen Drakes. Es besteht aber auch ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen.

Dieser Unterschied besteht nicht nur im Ausmaß der Räuberoperationen und nicht nur darin, daß Drake Gratulationen von Königin Elisabeth, Kerans aber von dem Labourpremierminister Attlee erhielt. Wesentlicher ist etwas anderes: das Piratentum Drakes stand im Zeichen der Zusammenzimmierung des britischen Kolonialreichs; die Räubertat Kerans' trägt die Symptome seines schmählichen Endes an sich.

Die Beschießung chinesischer Kinder, Greise und Frauen an Bord der „Kiangling“ durch die „Amethyst“ ist nicht ein Zeichen der Kraft, sondern der greisenhaften Schwäche des britischen Imperialismus angesichts der mächtvollen nationalen Befreiungsbewegung in Asien.

LABOURRECHENKUNSTE

Auf eine Moskauer Sendung hin, in der die allgemein bekannte Tatsache erwähnt wurde, daß sich die materielle Lage der englischen Werktägigen verschlechtert, entwarf der britische Rundfunk in einer seiner letzten russischen Sendungen folgendes idyllische Bild:

„Die britische Regierung hat beschlossen, die Preise für den größten Teil der meistgefragten Anzüge, Mäntel, Oberhemden, Kleider, Unterwäsche, Damenstrümpfe und Schuhe zu senken. Ermäßigt wurden auch die Preise für Textilien, die die Arbeiter brauchen, wie z. B. Teppiche, Gardinen usw. Die Preise wurden um 5 Prozent herabgesetzt, d. h. Waren, die früher 100 Rubel kosteten, werden jetzt um 5 Rubel billiger sein. Das bedeutet eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und eine Erhöhung des Reallohns.“

Wahrhaftig, eine anschauliche Erläuterung. Wenden wir uns aber den Londoner Zeitungen zu, die für die Engländer herausgegeben werden und deshalb keine Möglichkeit haben, so kaltschnäuzig die Tatsachen zu verdrehen.

Erstens stellt es sich heraus, daß die Preissenkung noch nicht stattgefunden hat und erst für September beabsichtigt wird.

Zweitens werden durch die fünfprozentige Preissenkung für manche Waren die Kleinhandelspreise für sämtliche Waren um nur ein halbes Prozent sinken, also nicht fünf Rubel vom

Hundert, wie die BBC versichert, sondern nur fünfzig Kopeken!

Drittens hat der englische Handelsminister Wilson zugegeben, daß die „Standard“kleidung jetzt durchschnittlich um 15 Prozent teurer ist als Anfang v. J. Mit anderen Worten, selbst nach der verkündeten „Preissenkung“ werden die Waren, die Anfang 1948 zum Preise von 100 Rubel verkauft wurden, 110 Rubel kosten.

Viertens wies die englische Zeitung „Manchester Guardian“ vor einigen Tagen darauf hin, daß in den ersten sechs Monaten d. J. die Preise für alle Waren durchschnittlich um 5 Prozent gestiegen sind. Mit anderen Worten, selbst nach der vielgerühmten „Preissenkung“ werden alle Waren um 4,5 Prozent teurer sein, als sie es vor einem halben Jahr waren.

Das sind die Tatsachen.

In der Sprache des Londoner Rundfunks heißt das alles Erhöhung des Reallohns. So ist nun einmal die Logik derjenigen, die für die Verbreitung von Lügenmärchen im Äther honoriert werden.

Handelsminister Wilson, der auf einer Pressekonferenz über die berüchtigte „Preissenkung“ sprach, gab unvorsichtig zu, daß nach Ansicht der Regierung

„der psychologische Effekt dieser Preissenkung bedeutend größer sein wird als ihr wirklicher Einfluß auf die Lebenshaltungskosten“.

Es ist nicht gar so schwer zu begreifen, wozu die Labourregierung einen solchen „psychologischen Effekt“ nötig hatte. Die englische Wirtschaft kracht in allen Fugen; die Labourleute beabsichtigen, sie auch künftig auf Kosten einer Senkung des Lebensstandards der Werktägigen über Wasser zu halten. Die Lohnforderungen in England werden immer beharrlicher, sie werden immer mehr zu einer Massenerscheinung. Der Trick mit der „Preissenkung“ soll der Regierung und den Trade-Unions-Häuptlingen als Schild gegen die Arbeiterklasse Englands und ihre Forderungen dienen.

Das kann weder Wilson vor der englischen Öffentlichkeit, noch die BBC vor der Öffentlichkeit außerhalb der britischen Inseln verheimlichen.

DIEBSGESELLSCHAFTIGKEIT

Seinerzeit leisteten die Führer der britischen Trade Unions den Athener Behörden wesentliche Hilfe, als diese die griechischen Gewerkschaften zerschmetterten und der Clique des faschistischen Monarchisten Makris unterwarfen. Jetzt können sie die Tätigkeit dieses Häufleins von Polizeispitzeln, die sie an die Spitze der Allgemeinen Griechischen Arbeitskonföderation gestellt haben, gar nicht genug loben. In einer kürzlich in London

erschienenen Broschüre entblödete sich ihr Verfasser, Vincent Tewson, nicht, zu erklären:

„Es freut uns, feststellen zu können, daß die Allgemeine Griechische Arbeitskonföderation aktiv funktioniert.“

Neulich erschien in der griechischen Zeitung „Mahi“ ein Aufsatz, in dem berichtet wurde, auf welchem Gebiet die Clique Makris sich am regsten betätigt. Das Sekretariat der Konföderation, so schreibt das Blatt, hält zwei Rechenschaftsberichte der Revisionskommission geheim, in denen die ausgedehnte Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern aufgedeckt wird. Aus diesen Rechenschaftsberichten gehe hervor, daß jedes Sekretariatsmitglied sich ungesetzlich einige Millionen Drachmen im Monatsdurchschnitt aneignet.

Makris z. B. erhält außer seinem Gehalt von 2 Millionen Drachmen noch 4,5 Millionen Drachmen für fiktive „Arbeitsspesen“, rund 8 Millionen Drachmen von verschiedenen Kassen und Gesellschaften, in denen dieser Gauner „die Arbeiterklasse vertritt“, usw. Die Gruppe Makris’ bezieht jeden Monat an die 15 Millionen Drachmen auf zweifelhafte Quittungen unbekannter Personen „zur Unterstützung der Gewerkschaftskader“. Kürzlich nahm Makris 10 Millionen Drachmen „zur Tröstung“ im Zusammenhang mit dem Tode seiner Mutter in Empfang. Hinter Makris bleiben auch Theoharidis und andere Sekretariatsmitglieder nicht zurück.

So stiehlt die Clique Makris die zwangsweise bei den griechischen Arbeitern eingetriebenen Millionen Drachmen — im heutigen Griechenland ziehen nämlich die Unternehmer die Gewerkschaftsbeiträge von allen Arbeitern durch Lohnabzug ein. Zugleich ist diese Clique mit allen Kräften bemüht, die durch die unerträglichen Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten hervorgerufene Streikbewegung im Lande zu sprengen. Eben dafür werden Markis & Co. so nachdrücklich von ihren Überseechefs belobigt.

DIE EINEN ZECHEN, DIE ANDERN ZAHLEN

Miß Robertson heiratet... Da die Braut so glücklich ist, die Tochter des britischen Militärgouverneurs in Deutschland, General Robertsons, zu sein, so droht dies Familiereignis sich für die Bewohner des deutschen Städtchens Osterwald zu einer Katastrophe auszuwachsen.

Wie die Agentur ADN aus Hannover meldet, wird das Fest sehr groß aufgezogen. Man erwartet 400 Gäste aus England. Der gastfreundliche General erlegt sich keinen Zwang auf. Wohnungen zur Unterbringung der Gäste werden bei der deutschen Bevölkerung requirierte. Alle

Ausgaben für das Hochzeitsfest kommen auf Konto Besatzungskosten. Den Einwohnern von Osterwald bleibt ein Trost: vorläufig hat man von ihnen noch nicht verlangt, daß sie die Mitgift der Braut aufbringen sollen.

Die englisch-amerikanischen Behörden in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands haben in den letzten Jahren wiederholt gezeigt, wie großzügig sie den Begriff der Besatzungskosten auffassen. Auf Konto dieser Kosten werden riesige Enthebungen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie verbucht — von Kraftwagen und Werkbänken bis zu Handtaschen, Unterwäsche und Kinderwagen. Als unerlässliches Bedürfnis der Besatzungstruppen werden sogar die Honorare für Chansonetten angesehen, die das Ohr der Herren Offiziere an Vergnügungsstätten ergötzen.

Bei alledem wirkt die Initiative General Robertsons, der beschlossen hat, die Hochzeit seiner angebeteten Tochter auf Kosten der deutschen Bevölkerung zu feiern, als recht vielversprechender Anfang. Außer Hochzeiten gibt es auf der Welt ja noch Verlobungen, Kindtaufen, Geburtstage...

WARUM „ULUS“ TOBT

In Heft 27 unserer Zeitschrift erschienen Notizen des Korrespondenten I. Ruchadse, betitelt „In der heutigen Türkei“. Der Verfasser hat lange Zeit in diesem Lande zugebracht und das Gesehene mit voller Sachkenntnis geschildert: das Elend und die Leiden des Volkes, das Wüten der Reaktion und der faschistischen Elemente, die Unterdrückung von Freiheit und Demokratie, die Käuflichkeit der Presse, den Verfall der vom Marshallplan gewürgten Wirtschaft, die zügellose Antisowjetpropaganda.

Obwohl die Gebieter der heutigen Türkei sich Mühe geben, das Volk fest von der Sowjetpresse abzusperren, gelingt ihnen das nicht. Die Leserschaft hat von dem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ erfahren. Er lenkte das Augenmerk der Öffentlichkeit auf sich. Sonst hätte das in Ankara erscheinende halbamtliche Blatt „Ulus“ sich nicht bemüht gefühlt, ein Dementi zu bringen — wenn man das, was am 28. Juli in den Spalten dieses Blattes erschien, überhaupt ein Dementi nennen kann.

„Ulus“ hat es nicht gewagt, seinen Lesern den Inhalt des in unserer Zeitschrift erschienenen Aufsatzes wiederzugeben. Das Blatt kann den in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Tatsachen nichts gegenüberstellen. Deshalb hielt der Verfasser der Widerrufung es für angebracht, die Sache mit marktschreierischer Schimpferei abzutun.

I. Ruchadse schrieb über ganz konkrete Tatsachen, die leicht festzustellen und nachzuprüfen gewesen wären. „Ulus“ aber beschränkt sich auf eine Schimpfkanonade. In unserem Aufsatz wurden Namen und Daten genannt, es wurde von Begegnungen mit lebendigen Menschen und von wahrhaften Begebenheiten im politischen Leben der Türkei erzählt. Das halbamtlche Blatt in Ankara antwortet mit Schmähungen. Allein schon diese ohnmächtige Wut muß die Leser auf den Gedanken bringen, daß der Schlag gegen die von der Reaktion eingeführten Zustände in der Türkei den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Es ist schon längst bemerkt worden, daß die Türken, die die in Ankara erscheinenden Zeitungen lesen, klüger sind als diejenigen, die sie schreiben.

Seine Schimpferei über den Aufsatz Ruchadses schloß das türkische Blatt damit, daß es seinen Lesern nahelegte, sich über diesen Artikel „ins Fäustchen zu lachen“. In Ankara wird wohl kaum jemand dieser Aufforderung nachkommen. Die Bewohner der marshallisierten Türkei, die zu allem Überfluß auch noch eine Presse vom Schlag des „Ulus“ besitzen, haben wirklich nichts zu lachen.

EIN KOSTSPIELIGES VERGNÜGEN

In unserer vorigen Nummer schrieben wir über das Sanatorium in Spandau, wo dank der Gnade der englischen Behörden sieben hitlerfaschistische Hauptkriegsverbrecher, die vom Internationalen Kriegstribunal in Nürnberg zu Haftstrafen verurteilt wurden, sich die Zeit vertreiben.

Wie wir einer Reutermeldung aus Berlin entnehmen, kostet der Sanatoriumsaufenthalt dieser Missetäter jährlich 450 000 Mark. Diese Summe ist eine schwere Belastung für den Haushalt des Westberliner Magistrats, der bekanntlich an der Schwelle des Bankrotts steht. Der Vorsitzende der separaten Westberliner Stadtverordnetenversammlung, der Schumachermann Otto Suhr, hat zugegeben, daß der Unterhalt der sieben Kriegsverbrecher die Einwohnerschaft der Berliner Westsektoren teurer zu stehen kommt als der Unterhalt des ganzen Magistrats.

Diese Meldungen bedürfen wahrlich keines Kommentars.

IM SCHATTEN DER FREIHEITSSTATUE

Hoch reckt die Freiheitssstatue ihren Arm über das Wasser des New Yorker Hafens. Sie streckt ihn auch über Ellis Island, eine ganz in ihrer Nähe liegende kleine Insel.

Vor kurzem noch war diese Insel ein recht friedliches Fleckchen Erde. Hier machten Einwanderer Station, die um die Erlaubnis angesucht hatten, sich in den USA ansiedeln zu dürfen. Jetzt ist das anders. Statt der Ausländer, die das Einreisevisum erwarten, ist die Insel von zwangsweise hier eingesperrten Amerikanern bevölkert, denen Ausweisung aus den USA droht. Diese Amerikaner werden ohne Prozeß und Untersuchungsverfahren von Justizminister Clark ins Gefängnis geworfen. Nicht umsonst heißt Ellis Island jetzt in Amerika „Clarks Konzentrationslager“.

Um in dies Konzentrationslager zu wandern, braucht man nicht viel: man braucht nur ein fortschrittlich denkender Amerikaner, ein Funktionär oder auch nur ein einfaches Mitglied antifaschistischer politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen zu sein. Die Schaffung des Konzentrationslagers buchstäblich vor der Nase der amerikanischen Freiheitsstatue nennt Clark Bekämpfung „wühlerischer Elemente ausländischer Herkunft“. Wer sind diese böswilligen „ausländischen Wühlagenten“?

Im Konzentrationslager auf Ellis Island schmachtet jetzt der Sekretär des Amerikanischen Slawenkongresses, George Pirinsky, der vor 26 Jahren in die USA kam. Er wurde voriges Jahr, unmittelbar vor der Chikagoer Tagung des Slawenkongresses, verhaftet. Auf Clarks Befehl sind auf der Insel eingesperrt: der Neger Ferdinand Smith, ein fortschrittlicher Gewerkschaftsführer der Seeleute; die Kommunistin Beatrice Johnson, die man von ihrem sechsjährigen Kind getrennt hat, und Dutzende andere.

Clarks Gefangene, von denen viele schon mehrere Monate auf der Insel sind, schreiben Proteste und treten in den Hungerstreik. Ihre Lage findet bei weiten Kreisen der fortschrittlichen amerikanischen Öffentlichkeit Mitgefühl. Bei der Regierung laufen zahlreiche Petitionen, Proteste und Forderungen ein, in den New Yorker Straßen werden Demonstrationen zum Schutz der Opfer Clarks veranstaltet. Die Sache ist aber die, daß das Konzentrationslager auf Ellis Island nicht von Clark allein aufgezogen ist, sondern von der ganzen Clique, die die USA regiert. Clark hat erklärt, man habe die fortschrittlichen Persönlichkeiten ins Konzentrationslager gesperrt, weil er „nicht möchte, daß diese Leute in Freiheit herumlaufen“.

Durch Veranstaltung eines Kreuzzugs gegen alle fortschrittlich denkenden Amerikaner suchen die Monopolherren die USA in ein Land des Polizeiknüppels und der Gefängnisfoltern zu verwandeln.

Presseschakale

(Brief aus Warschau)

K. STARZEW

PRESSEVERTRETER der westlichen Länder nehmen gewöhnlich die Pose gekränkter Unschuld an, wenn es sich herausstellt, daß dieser oder jener „eigene Berichterstatter“ nach Überquerung des Atlantik die Sowjetunion oder die Länder der Volksdemokratie mit Zielen besucht, die nichts mit objektiver Berichterstattung oder mit Berichterstattung überhaupt zu tun haben. Vorfälle solcher Art sind leider gar nicht so selten. Zeigen wir das am Beispiel eines einzigen Landes, des volksdemokratischen Polens.

* * *

Im Frühjahr 1946 stand die Gewährung einer USA-Anleihe höchst bescheidenen Ausmaßes an Polen zur Debatte. Die Frage war schon entschieden, als Acheson, damals Unterstaatssekretär, plötzlich erklärte, die Anleihe werde zurückgestellt. Als eine der Ursachen nannte er die Beschwerde des Warschauer Korrespondenten der Associated Press, Larry Allen, daß eines seiner Telegramme aus Polen nicht abgeschickt worden sei.

Der Arbeitsstil dieses Korrespondenten war schon zu jener Zeit gut bekannt. Am 1. April 1946 zeichnete sich Allen dadurch aus, daß er über einen Aprilscherz berichtete, als sei er eine wahre Tatsache: der Hitlerfaschist Greiser, ein Kriegsverbrecher, sei in Warschau in einem Käfig ausgestellt worden. Larry Allen fügte von sich aus hinzu, daß Greiser „vom Publikum gegen geringes Entgelt mit Brot gefüttert wird“. Die Sensationsente des „eigenen Berichterstatters aus Warschau“ regte die USA-Presse zu einem Strom von verleumderischen Artikeln über die „Grausamkeit der Polen“ an.

Und den Worten eben dieses Allens schenkte Acheson Glauben! Die polnischen Behörden bewiesen mühelos, daß sie keinerlei Telegramme Larry Allens zurückgehalten hatten. Aber das Ziel Achesons, im geeigneten Augenblick das Wasser zu trüben, war erreicht. Und das war es gerade, was der Unterstaatssekretär und sein Handlanger aus der Associated Press brauchten.

* * *

Bob Conway, Reporter der New Yorker Boulevardzeitung „Daily News“, kam mit einem

einzigen Wunschtraum nach Polen: er wollte von den polnischen Behörden verhaftet werden und im Lande der Volksdemokratie ins Gefängnis kommen. Für den kleinen Reporter, der gar nicht verstand und auch nicht verstehen wollte, was in Polen vor sich geht, war das die einzige Möglichkeit, die Redaktion und die Leser auf sich aufmerksam zu machen, die einzige Chance, als „Opfer der Volksdemokratie“ auf die erste Seite seiner Zeitung zu kommen.

Er fiel den polnischen Beamten mit unsinnigen Fragen zur Last:

„Was geschieht, wenn ich schreibe, daß es in Polen keine Demokratie gibt?“

„Nichts geschieht“, erhielt er zur Antwort, „Sie betrügen damit nur Ihre Leser.“

„Aber wird man mich deswegen nicht verhaf- ten?“

„Nein. Es kümmert uns wenig, was Sie von uns schreiben werden.“

„Und was geschieht, wenn ich mich nicht in der Miliz anmelden?“

„Nichts geschieht. Die Hoteldirektion wird Sie nur daran erinnern, daß Ausländer die Gesetze eines Landes achten müssen, dessen Gastfreundschaft sie genießen.“

„Und wird man mich deswegen nicht verhaf- ten?“

„Nein. Man wird Ihnen nur raten, Polen zu ver- lassen.“

Und so weiter und so fort... Bob Conway war enttäuscht. Er dachte lange nach und hatte endlich einen „genialen Einfall“.

Er paßte den Moment ab, in dem Verwandte zum Besuch von Gefangenen vorgelassen wurden. Mit ihnen schmuggelte sich Bob Conway ins Gefängnis ein. Aber, o Schreck, er wurde auch dort nicht festgenommen. Da zückte er verzweifelt seine Kamera und begann zu knipsen, was er vors Objektiv bekam... Wieder kümmerte sich niemand um ihn.

Conway ließ den Kopf hängen und ging traurig zum Ausgang. Da wurde er zu seiner großen Freude angehalten. Endlich! Mit frischem Mut bereitete er sich darauf vor, die dramatische Rolle eines „Märtyrers“ zu spielen...

„Bitte, geben Sie mir die Kamera“, wandte sich ein Milizoffizier an ihn.

Conway leistete widerstandslos Folge (großartiger Untertitel: „Polnische Bolschewiki plündern Amerikaner!“). Er frohlockte...

Aber seine Freude sollte nicht lange dauern. Der Offizier entfernte die Filmrolle, gab dem Reporter seinen Apparat zurück und sagte, Conway könne gehen.

Am nächsten Tag reiste der untröstliche Abenteurer aus Polen ab. Dennoch kabelte er die „Verhaftung durch die polnische GPU“ nach New York, und dieses Telegramm wurde in der Zeitung veröffentlicht.

* * *

Der Engländer Dereck Selby, Berichterstatter des Zeitungskonzerns Lord Kemsleys, träumte von einer anderen, bedeutenderen und sensationelleren Rolle. Er hoffte, in einem Lande wie Polen ein neuer Lawrence werden zu können.

Selby begann damit, daß er mit einer Bande von Terroristen in Fühlung trat. Um die Spuren zu verwischen, wurde ein „Überfall“ auf sein Automobil in Szene gesetzt. Die Banditen „verschleppten“ Selby in einen Wald. Dort hielt der neue Anwärter auf die Rolle eines Lawrence vor einem Häuflein von Schurken, die für das Geld des englischen und amerikanischen Spionagedienstes Überfälle und Sabotageakte verübtet, eine Brandrede. Er feuerte sie zum Kampf gegen die Volksmacht, zum „Aufstand“ an, und versprach baldige Hilfe...

Zum „Aufstand“ kam es nicht. Statt dessen fand ein Gerichtsprozeß gegen die Banditen statt. Selby wohnte dem Prozeß nicht bei: er hatte es vorgezogen, Polen rechtzeitig zu verlassen.

Und das ist schade... Als Augenzeuge hätte Lawrence-Selby keinen übeln Prozeßbericht schreiben können, um so mehr, als vor Gericht nicht nur die schon erwähnte Seite seiner Tätigkeit zur Sprache kam. Es wurden auch andere Züge angeführt, die das Bild Selbys ergänzten. Sein Chauffeur, der als Vermittler zwischen ihm und den Banditen fungierte, erzählte vor Gericht von den homosexuellen Abenteuern seines früheren Dienstherrn...

Das war selbst für Lord Kemsleys Konzern zu viel, und Dereck Selby, der verhinderte Lawrence, wurde aus dem Konzern gejagt.

* * *

Sydney Gruson tauchte in Warschau als Berichterstatter der „New York Times“ auf und erhob nachdrücklich Anspruch darauf, als objektiver Journalist betrachtet zu werden. Gruson rühmte sich bei jeder Gelegenheit, daß seine Sympathien „eher auf Seiten der Volksmacht in Polen“ seien. In einigen Korrespondenzen gab er sogar zu, daß

sich der Wiederaufbau in Polen nach den schweren Kriegszerstörungen außerordentlich schnell vollzieht...

Gruson zeigte sein wahres Gesicht, als die Volksdemokratie den von den Amerikanern und Engländern finanzierten terroristischen illegalen Umtrieben den letzten Schlag versetzte. Es wurde eine Amnestie erlassen, die Tausende von irregelmäßigen Menschen aus den Wäldern herausführte. Sie streckten die Waffen und kehrten zur friedlichen Arbeit zurück.

Das war für Sydney Gruson ein unerwarteter Schlag. Er ergriff in seiner Zeitung das Wort und erklärte geradeheraus: wenn die illegale Bewegung in Polen irgend etwas leisten solle, so müsse ihr schnell geholfen werden, und zwar mit Waffen, nicht mit Dollars!

Der zynische Aufruf, den Mörtern Waffen zu geben, löste in Polen einen Entrüstungssturm aus. Für Gruson wurde die Situation derart peinlich, daß er beschloß, das Land zu verlassen. Er schlug seinen Wohnsitz im Berliner Westen auf. Aber dieser Vorkämpfer einer „objektiven Berichterstattung“ vergaß Polen nicht...

Vor kurzem veröffentlichte er in der „New York Times“ ein neues Elaborat, in dem er unter Berufung auf anonyme, ihm allein bekannte „Leute aus Polen“ behauptete, Hilary Minc, Vizeministerpräsident der polnischen Regierung und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei Polens, sei in Ungnade gefallen und seines Postens enthoben worden...

In Wirklichkeit befand sich Hilary Minc zu jener Zeit im fälligen Urlaub. Einmal im Jahr haben ja auch Vizeministerpräsidenten ein Recht auf Urlaub...

Die berüchtigte „Stimme Amerikas“ wiederholte die in Berlin zusammengebraute Verleumdung zu wiederholten Malen in polnischer Sprache als Information der ehrenwerten „New York Times“.

In Warschau befand sich zu jener Zeit statt Grusons, der ein Fiasko erlitten hatte, ein anderer Berichterstatter der „New York Times“, Edward Morrow. Der brüstete sich natürlich auch mit der „Objektivität“ seiner Berichterstattung... Als Morrow den amerikanischen Rundfunk gehört und darüber einige Gespräche geführt hatte, möglicherweise mit Cafébesuchern, drahtete er aus Warschau, in der polnischen Hauptstadt seien Gerüchte in Umlauf, Vizeministerpräsident Minc sei verhaftet worden usw.

Wie gemein und gleichzeitig wie primitiv ist doch die Technik der Provokation!

Als Vizeministerpräsident Minc aber aus dem Urlaub zurückkehrte, gab keiner aus dem Rudel

der Presseschakale, das ihn angekläfft hatte, auch nur einen Ton von sich. Sie fuhren fort, die Zeitungsleser und Rundfunkhörer zu betrügen.

Schließlich noch eine Tatsache, die die Tätigkeit des „objektiven Berichterstatters“ Morrow kennzeichnet. Im Juli 1949 waren in ganz Polen Gerüchte in Umlauf, in der Stadt Lublin habe sich irgendein Wunder ereignet... Es ist klar, wem etwas daran gelegen war, in der heißen Erntezeit Unruhe im Volk hervorzurufen, die Leute von der Arbeit abzulenken und sie aufzufordern, den Ort des „Mirakels“ zu besuchen, es ist klar, welche Absicht damit verfolgt wurde. Das Ganze nahm ein recht trauriges Ende: eine fanatische Menge durchbrach eine Kirchenumfriedung und trat dabei die zwanzigjährige Helena Rabczuk nieder. Neunzehn andere Wallfahrer wurden verletzt. Das ganze Land war von Empörung über die mittelalterlichen Obskuren erfaßt, die das provokatorische „Wunder“ inszeniert hatten. Zu diesen provokatorischen Obskuren kann mit Fug und Recht auch der Berichterstatter der „New York Times“, Edward Morrow, gerechnet werden. Er

war es, der nach Lublin geeilt war und von dort berichtet hatte, das „Wunder“ habe sich tatsächlich ereignet. Des langen und breiten beschrieb er seine Gespräche mit „Augenzeugen“ und stellte sogar genau fest, warum das Heiligenbild der Lubliner Mutter Gottes zu „weinen begann“: wegen der angeblichen Kirchenverfolgungen in der - Tschechoslowakei!

Und wieder brachte die „Stimme Amerikas“ diesen Irrsinn in todernstem Ton, bestrebt, unter den Gläubigen in Polen Unruhe zu stiften...

* * *

Man könnte die Aufzählung der Beispiele einer derartigen „Tätigkeit“ von Berichterstattern der „freien westlichen Presse“ auf polnischem Boden fortsetzen. Man könnte diese Tatsachen auch eingehend kommentieren. Aber wozu? Der Leser kann die Schlußfolgerungen selbst ziehen. Die Tatsachen sprechen an und für sich eine bereite Sprache.

Warschau,
im August 1949.

Bei den norwegischen Bauarbeitern

(Notizen eines Mitglieds der sowjetischen Gewerkschaftsdelegation)

I. PODWJASNIKOW

VOR EINIGER ZEIT war ich als Mitglied der sowjetischen Delegation in Norwegen, die zu den Gewerkschaftskongressen der Bau- und der Holzarbeiter und ihrem Vereinigungskongress eingeladen war. Unsere Ankunft bereitete den rechten Sozialdemokraten aus der Gewerkschaftsführung kein besonderes Vergnügen. Mir scheint, die Sowjetarbeiter waren nur unter dem Druck der einfachen Gewerkschaftsmitglieder eingeladen worden. Jedenfalls genierten sich die Leiter beider Kongresse, denen wir beiwohnten, nicht, uns zu zeigen, daß sie uns kein Wohlwollen entgegenbringen.

Seitdem sich die norwegische „Arbeiterregierung“ dem aggressiven Nordatlantischen Vertrag angeschlossen hat, ist die Antisowjetpropaganda im Lande auf ein früher nie dagewesenes, man möchte sagen, amerikanisches Ausmaß angewachsen. Es handelt sich nicht nur darum, daß

sie für amerikanisches Geld und unter Teilnahme aller möglichen amerikanischen Emissäre betrieben wird. Die „Amerikanische Partei“ in Norwegen ist sehr besorgt darüber, daß das norwegische Volk der Sowjetarmee und dem Sowjetvolk äußerst dankbar für seine Befreiung ist, wovon wir uns bei Begegnungen mit einfachen Menschen auf Schritt und Tritt überzeugen konnten. Die norwegische Reaktion, die darauf aus ist, das kleine nordische Land in ein Aufmarschgebiet für die amerikanische Aggression zu verwandeln, möchte dem schaffenden Volk dies Gefühl der Dankbarkeit aus dem Herzen reißen.

Die rechte Gewerkschaftsführung sucht mit allen Mitteln der sozialdemokratischen Oberschicht bei dieser Aufgabe behilflich zu sein. In welcher Richtung diese Anstrengungen gemacht werden, sahen wir auf den Gewerkschaftskongressen in Oslo. Die rechten Sozialdemokraten

sicherten ihren Anhängern nicht nur die Kongreßmehrheit. Um für die Regierungspolitik Reklame zu machen, wurden zum Vereinigungskongreß auch derart hochgestellte Redner wie Industrie- und Schiffbauminister Evensen, Versorgungs- und Wiederherstellungsminister Hønsvald und der Vorsitzende des Zentralen Gewerkschaftsbunds Norwegens, Nordahl, eingeladen.

Besonders raffiniert in ihren Ausfällen gegen die Sowjetunion, das Sowjetvolk und die Weltföderation der Gewerkschaften waren sogenannte „Gastdelegierte“. Vertreter des aus eigener Machtvollkommenheit entstandenen Internationalen Industriesekretariats der Bauarbeiter rühmten die nicht vorhandenen Verdienste ihrer Organisation, obwohl sie selbst zugeben mußten, daß das von ihnen vertretene Sekretariat längst zu einer gewöhnlichen Informationszentrale entartet ist. Unverhohlen verleumderisch war die Rede des österreichischen Delegierten, der die Kongreßtribüne zur Äußerung bösartiger Erfindungen über die sowjetischen Besatzungsbehörden in Österreich benutzte. Der dänische Vertreter suchte vergeblich nachzuweisen, daß die „dänische Sozialgesetzgebung nicht schlechter ist als die sowjetische“, usw.

Bei alledem erreichten die Veranstalter der Antisowjetdemonstrationen nicht ihr Ziel. Mit ungezielter Aufmerksamkeit lauschten die Delegierten des Vereinigungskongresses der Rede F. Karzews, des Leiters der Sowjetdelegation. Die norwegischen Arbeiter drückten bei Zusammenkünften mit uns einfach und herzlich ihre Sympathien für das Sowjetland aus. Beim Festessen zu Ehren der Kongreßteilnehmer verbrachten wir den ganzen Abend mit einer Gruppe von Arbeiterdelegierten, die uns mit Fragen über Leben und Arbeit der Sowjetwerkstätigen bestürmten. Uns zu Ehren wurden viele Sowjetlieder gesungen, die man in Norwegen kennt und liebt. Wahrscheinlich haben diese Lieder den Gewerkschaftsbonzen, die sich mit ihren Gesinnungsgenossen im Nebensaal niedergelassen hatten, gehörig die Stimmung verdorben...

* * *

An einem der Kongreßtage besuchten wir während einer Sitzungspause eine Baustelle in einem Außenbezirk Oslos, in Etterstad, wo mehrere 4—5stöckige Häuser gebaut werden. Hier sind 180 Arbeiter beschäftigt. Die meisten Arbeiten werden im Handbetrieb erledigt. An Arbeitsmechanismen gibt es hier nur ein primitives Hebezeug und eine Betonmischmaschine. Wie wenig gleicht das der großzügigen, mechanisierten Bautätigkeit, wie wir sie in unserm Lande überall haben!

Wir unterhielten uns mit Ingenieuren und Arbeitern, die uns freundschaftlich begrüßten. Man zeigte uns die Baracke, in der die Bauarbeiter wohnen, die Trockenkammer für die Kleider und den Frühstücksraum der Arbeiter. Auf der Baustelle gibt es weder einen Klub noch einen Laden oder eine Sanitätsstelle.

Die Arbeiter leben unter sehr schweren Verhältnissen. Ein qualifizierter Bauarbeiter oder Bauzeichner verdient in Norwegen 500—600 Kronen monatlich. Frauen erhalten für die gleiche Arbeit um ein Drittel weniger. Die Ausgaben einer Arbeiterfamilie aber sind groß und steigen von Monat zu Monat; 30—35 Prozent des Lohns verschlingen die Steuern; 100—150 Kronen monatlich kostet die Miete. Um eine Wohnung zu bekommen, muß man der Wohnbaufirma, der das Haus gehört, 3000—5000 Kronen zahlen. Ärztliche Betreuung kostet auch Geld, noch dazu ziemlich viel. Schließlich bleibt für Essen und Kleidung eine winzige Summe übrig, etwa 200 Kronen. Es ist daher kein Wunder, daß sich der Arbeiter sehr kärglich ernährt. Seine Hauptnahrungsmittel sind Kartoffeln und billige Fische. Fleisch, Fette und Zucker, die auf Marken abgegeben werden, reichen nicht einmal für die Kinder aus.

Die Regierung zahlt den Kapitalisten Subsidien, angeblich als Anreiz zu Preissenkungen, die Preise aber steigen unaufhörlich. Für unentbehrliche Lebensmittel haben sie sich im Vergleich zu den Vorkriegspreisen im Durchschnitt verdoppelt. Die Kosten der Heizung und Beleuchtung betragen mehr als das Zweieinhalfache. Der Lohn aber ist fast unverändert geblieben.

Es gibt im Lande bereits mehr als 12 000 Arbeitslose, ihre Zahl hat sich im ersten Quartal d. J. verdoppelt. Die Sozialgesetzgebung, deren sich die norwegischen Rechtssozialisten so sehr rühmen, nützt dem arbeitenden Menschen in Wirklichkeit wenig. So besteht z. B. eine obligatorische Arbeitslosenversicherung. In diesem Land der Wälder und des Fischfangs erstreckt sie sich jedoch nicht auf die Holzfäller, Fischer und Landarbeiter, d. h. sie gilt fast für die Hälfte aller Erwerbstätigen nicht.

Die Arbeitslosenunterstützung ist äußerst gering, zu 50 Prozent wird sie von den Lohnabzügen der Arbeiter selbst bestritten. In der ersten Krankheitswoche erhält der Arbeiter überhaupt keine Unterstützung. Die Krankengelder bestehen ebenfalls zu zwei Dritteln aus Arbeiterbeiträgen und zu einem Drittel aus Einzahlungen der Betriebsverwaltung. Bei Betriebsunfällen erhält der Arbeiter eine winzige Unterstützung, aber nur bei Beschädigung der rechten Hand. Eine Verletzung der linken wird nicht berücksichtigt.

Altersrente hat ein Arbeiter erst mit 70 Jahren zu beanspruchen. Um aber das Anrecht auf eine Rente zu erlangen, muß man jährlich 50 Kronen einzahlen. Die norwegischen Gewerkschaften haben keinerlei Kurorte oder Sanatorien zu ihrer Verfügung.

Als Antwort auf die zahlreichen Fragen der Arbeiter berichteten wir, wie die Sozialversicherung in der Sowjetunion organisiert ist, wo alle Sozialversicherungsfonds aus Einzahlungen der Betriebe bestehen. Unsere Erzählungen von dem Umfang der Bautätigkeit im Sowjetlande, von dem Arbeitselan der Bauarbeiter, der weitgehenden Mechanisierung der Arbeitsprozesse, dem Arbeitsschutz und den Sicherheitsvorrichtungen sowie von dem inhaltsreichen Kulturleben unserer Bauarbeiter wurden von den norwegischen Freunden mit größter Begeisterung aufgenommen.

* * *

Zwei Tage lang erörterte der Vereinigungskongress der Gewerkschaften der Bau- und der Holzarbeiter die Frage des bevorstehenden Neuabschlusses des Kollektivvertrages. Viele Delegierte von Ortsgruppen sprachen über die schwere Wirtschafts- und Rechtslage der Arbeiter. Scharf kritisierten sie die Gewerkschaftsführer, die die Interessen der Werktägigen nicht gegen die Unternehmer verteidigen wollen.

„Die Arbeiter verelenden“, sagte der Delegierte Monsen, „unsere Führer aber tun alles, was in ihren Kräften steht, um sie vom Kampf abzuhalten. Gunnar Bråthen, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes Norwegens, erklärte einmal: ‚Die Kapitalisten brauchen große Gewinne, weil bald eine Krise eintritt und sie sich darauf vorbereiten müssen.‘ Der Verzicht auf Lohnforderungen ist, wie Bråthen meint, den Arbeitern von Nutzen. Das ist eine Theorie des Verrats an den Arbeiterinteressen... Die Arbeiter“, so schloß Monsen, „haben nur einen Weg, den Weg des Kampfes. Er kann sich als schwer erweisen, aber einen andern Weg gibt es nicht!“

Die Diskussion über den Kollektivvertrag war lang und sehr lebhaft. Als wir den Diskussionsrednern zuhörten, fielen uns die Worte ein, die der Tischler Dahl auf der Baustelle von Etterstad gesagt hatte:

„Ein Kollektivvertrag? Ja, natürlich haben wir einen. Aber er ist so wirr, daß 90 Prozent der Arbeiter sich in ihm nicht zurechtfinden können. Außerdem wird die Erfüllung des Vertrags von den Arbeitern nicht geprüft. So wird er jahraus, jahrein in seiner alten Form erneuert.“

Derartige Kollektivverträge passen durchaus den Gewerkschaftsbonzen vom Schläge Nordahl's

oder des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes, Volan, die auf dem Kongress salbungsvoll aufforderten, die „Wirtschaftsdemokratie“ zu achten und auf einen Streikkampf zu verzichten, damit die „Arbeiterpartei“ bei den bevorstehenden Parlamentswahlen siegt. Diesen Fürsprechern der kapitalistischen Interessen wurde von einer Anzahl Delegierter tüchtig eingehetzt. Nur durch die rettende Abstimmung gelang es der Leitung, die ihr erforderlichen Beschlüsse durchzubringen.

* * *

Nachdem die Führer des norwegischen Gewerkschaftsbunds ihren Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt hatten, ließen sie sich nach dem Beispiel ihrer englisch-amerikanischen Gönner lang und breit über ihre Ergebenheit für die Demokratie und die „Freiheit“ in den Gewerkschaften aus. Wir hatten diesen Umstand im Auge, als wir mit besonderer Aufmerksamkeit beobachteten, wie die demokratischen Prinzipien in den norwegischen Gewerkschaften, namentlich in ihrer Kongreßpraxis, eingehalten werden. Das Bild, das wir erblickten, war äußerst unerfreulich.

Die Gewerkschaftskongresse der Bau- und der Holzarbeiter sowie ihr Vereinigungskongress wurden in einer Atmosphäre eröffnet, in der die Hetze gegen die Kommunisten, wie überhaupt gegen alle links eingestellten Norweger, einen hohen Grad erreichte. Im Auftrag der rechtssozialistischen Oberschicht gingen die Drahtzieher der Kongresse, ohne die elementare Demokratie zu beobachten, daran, die Kommunisten aus den leitenden Körperschaften „hinauszubießen“, obwohl sich die norwegischen Kommunisten durch ihre aufopfernde Arbeit in den Gewerkschaften das Vertrauen und die Hochachtung der breiten Arbeitermassen erworben haben.

Die auf dem Bauarbeiterkongress durch die Verbandsleitung eingesetzte (nicht aber vom Kongress gewählte) Wahlkommission unter dem Vorsitz von Oskar Aas schlug eine neue Verbandsleitung vor, die sich von der alten nur dadurch unterschied, daß empfohlen wurde, die populären kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre Sørum und Nilsen daraus zu entfernen. Das rief zahlreiche Proteste hervor. Ich habe mir einige Äußerungen von Delegierten notiert. Hier sind sie:

„Die Führung der an der Regierung befindlichen ‚Arbeiterpartei‘ schleppt ihre Leute in den Vorstand unseres Verbandes ein. Das führt zur Spaltung und schwächt den Verband. Ich schlage statt des Sozialdemokraten Flsvik die Kandidatur Sørums vor. Im Vergleich zu ihm ist Flsvik eine Null.“

„Man muß die Leitung nach dem Willen der Verbandsmitglieder wählen, aus Vertretern beider politischer Richtungen.“

„Ich schlage Svendsen statt des Sozialdemokraten Johansen vor.“

„Ich schlage die Kandidatur des Kommunisten Engelsgaard statt Fossums vor. Engelsgaard hat in der Kontrollkommission gut gearbeitet...“

„Die drei ersten Kandidaten auf der Liste“ (die Sozialdemokraten Bergseth, Johansen und Framnæs) „sind Säufer. Die Verbandsmitglieder können ihnen kein Vertrauen schenken. Man kann sie nicht wählen.“

„Sørum ist der populärste Mann der Gewerkschaft. Die Anstreicher kennen und schätzen ihn. Der neue Vorstand ist ein Sumpf, ist stehendes Wasser.“

„Bergseth tritt für den Marshallplan ein. Jetzt wird eine neue ‚Heilige Allianz‘ gebildet, und man will uns zwingen, für sie zu kämpfen. Ich stelle statt Bergseth die Kandidatur Søviks“ (linker Sozialdemokrat) „auf...“

„Man darf nicht zulassen, daß die Gewerkschaften nach amerikanischem Muster gesäubert werden. Ich schlage Lars Nilsens Kandidatur vor.“

Daß die Delegierten so stürmisch reagierten, brachte die sozialdemokratischen Bonzen derart in Wut, daß sie nicht an sich halten konnten. Oskar Aas bestieg die Tribüne und erklärte unverblümmt:

„Wir haben jetzt nur eine Linie, die Kommunisten von leitenden Posten zu entfernen. Das ist die Direktive.“

Im Saal ertönten Protestrufe. Der Kongreßvorsitzende aber schnitt die Diskussion ab und ging zur Abstimmung über. Ihr Ausgang war im voraus klar. Die sozialdemokratische Mehrheit fügte sich blind der Forderung ihrer Parteihäuptlinge und stimmte für die ihnen genehme Zusammensetzung des Vorstands.

Ein anderes Muster von „Gewerkschaftsdemokratie“ beobachteten wir auf dem Vereinigungskongreß der Gewerkschaften der Bau- und der Holzarbeiter. Hier sahen wir das gleiche Bild, obwohl die kommunistischen Delegierten fast ein Drittel aller Kongreßteilnehmer bildeten. Der Wille der Gewerkschaftsmitglieder wurde von der Clique Nordahl-Tranmæl mit Füßen getreten, sie suchte durch alle möglichen Kniffe die Wahl von Vertretern der linken Minderheit auf leitende Posten zu verhindern. Dabei wurden die unsauberen Methoden der Druckausübung, der Demagogie, Lüge und Verleumdung angewandt... Ubrigens gelang es den Reaktionären nicht ganz, ihr Ziel zu erreichen. Der Kommunist Emil Reieren wurde in den Vorstand gewählt.

Die Hetze gegen die „Roten“, die Entfachung einer antikommunistischen Hysterie waren auf den Osloer Kongressen von gröbster Unterdrückung der Kritik begleitet. Jedesmal, wenn die Reden der Delegierten nicht nach dem Geschmack der Kongreßleiter waren, kürzten sie die Diskussion ab oder stellten sie ganz ein.

Kennzeichnend ist, wie die Frage des Wohnbaus behandelt wurde. Nach der Rede des Versorgungs- und Wiederherstellungsministers Hønsvald, der sich mit allen Mitteln bemühte, die Wohnungsnot im Lande zu bändigen, führten die entrüsteten Delegierten eine Unmenge von Tatsachen an, die den wahren Stand der Dinge umrissen.

In Oslo haben, wie sie ausführten, 45 000 Werkfertige keine Wohnung, in Trondhjem 36 Prozent der ganzen Stadtbevölkerung. Dabei erfüllt die Regierung das Wohnbauprogramm nicht einmal zur Hälfte. In den Städten werden Villen für die Reichen gebaut, viele ausgezeichnete Wohnungen nehmen englische und amerikanische „Vergnügungsreisende“ ein, in Nordnorwegen aber leben Arbeiter noch immer in Erdhütten. Aus Mangel an Baumaterial ist der Bau von Schulen und Krankenhäusern in den Städten eingestellt worden. Indes werden 50 Prozent des in Norwegen produzierten Zements ausgeführt, und die Regierung verwendet Riesensummen für die Aufrüstung im Einklang mit den laut Nordatlantischem Vertrag übernommenen Verpflichtungen.

Kaum hatten die Delegierten von allen diesen Dingen zu sprechen begonnen, da brachte der Vorsitzende einen Beschuß über Verkürzung der Redezeit von 5 auf 3 Minuten durch (das war schon die zweite Verkürzung, zu Beginn des Kongresses waren den Diskussionsrednern je 10 Minuten gewährt worden). Er achtete streng auf Einhaltung der zweimal verkürzten Redezeit und brach bald darauf die Diskussion gänzlich ab. Die unangenehme Frage war abgeschnitten worden.

So sieht die Gewerkschaftsdemokratie nach den Begriffen der norwegischen Gewerkschaftsbonzen aus.

* * *

Während wir in Oslo weilten, fand gerade der Verfassungstag statt. An diesem Tage gingen die Arbeiter einer Reihe von Fabriken und Werken der norwegischen Hauptstadt organisiert und einzeln auf den Vestre Gravlund (Friedhof), um das Andenken der Sowjetsoldaten und Offiziere zu ehren, die in den Kämpfen für die Befreiung des norwegischen Volkes von der faschistischen Knechtschaft den Heldentod gestorben sind.

In trauervoller Stille wurden Kränze und Sträuße aus frischen Blumen an den Gräbern der Sowjetkrieger, die die Befreiung gebracht hatten,

niedergelegt. Zu beiden Seiten des Denkmals bezogen junge Norweger Ehrenwache bei der sowjetischen und der norwegischen Fahne. Der Arbeiter Beckholt von den Gaswerken hielt eine Ansprache. Er sagte, daß Völker, deren Freundschaft im Kampf für Freiheit und Frieden geboren und durch gemeinsam vergossenes Blut zu-

sammengeschweißt ist, niemals Feinde werden würden.

Diese kurze Rede wird mir in Erinnerung bleiben. Ihren Sinn sollten sich diejenigen merken und zu Herzen nehmen, die die traditionelle Freundschaft des sowjetischen und des norwegischen Volkes zu stören trachten.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die ideologische Aufrüstung Professor Robinsons

B. BYCHOWSKI

DIEN USA treten der Krise von 1949 mit dem militärischen Rüstzeug von 1950 und dem geistigen Rüstzeug von 1775 entgegen.“ Mit diesen Worten beginnt Gerold Robinson seinen im Juliheft der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlichten Artikel „Der ideologische Kampf“. Dann vergießt der Verfasser bittere Tränen über die ideologische Unzulänglichkeit des amerikanischen Imperialismus:

„Unsere Hauptschwäche liegt heute nicht auf wirtschaftlichem oder militärischem, sondern auf ideologischem Gebiet, sie ist keine Angelegenheit von Gütern oder Waffen, sondern von Ideen. Das ist unsere Hauptschwäche im Ausland, gerade deswegen, weil es auch unsere Hauptschwäche im Inland ist.“

Robinson muß zugeben, daß die Bemühungen der Propagandisten des amerikanischen Imperialismus „bis jetzt wenig Erfolg hatten“, daß die „amerikanische Theorie weit hinter der amerikanischen Praxis zurückgeblieben ist“. Er ist über diese Tatsache natürlich beunruhigt und klagt:

„Es muß den Europäern sehr schwerfallen, uns zu verstehen... Die ‚Stimme Amerikas‘ klingt unverständlich und verworren.“

Professor Robinson ist kein unbeteiligter Beobachter. Er ist aktiver Teilnehmer dieser Propaganda. Sowjetfeindliche Verleumdung ist sein Beruf als Direktor des „Russischen (besser gesagt antirussischen) Instituts“ der Columbia-Universität.

Weshalb aber sind alle Bemühungen vergebens? Die amerikanischen Geschäftsherren haben genügend Dollars, um Zeitungen und Rundfunksender und in einigen Ländern sogar ganze Regierungen zu kaufen, sie haben genug Waffen, um dieses oder jenes Land, dessen Volk für Freiheit und

Unabhängigkeit kämpft, mit Blut zu überschwemmen, aber sie sind nicht imstande, die Völker von der Vollkommenheit der amerikanischen „Idee“ und von den wohltuenden Folgen einer amerikanischen Weltherrschaft zu überzeugen. Das will Robinson ausdrücken, wenn er sagt, daß die Hauptschwäche des Dollarimperialismus nicht auf wirtschaftlichem oder militärischem Gebiet, sondern auf dem Gebiet der Ideologie läge.

Unterdes muß der Verfasser zugeben, gewinnen die kommunistischen Ideen größeren und stärkeren Einfluß. Das moralische und politische Ansehen der Sowjetunion ist in ständigem Wachsen begriffen.

Beunruhigt sucht der Verfasser festzustellen, warum die reaktionäre amerikanische Ideologie so schwach ist und im ideologischen Kampf ständig unterliegt? Kömte man keine wirksamere ideologische Waffe zum Kampf gegen die fortschrittlichen Ideen konstruieren? Was könnte man dem wachsenden Einfluß des Kommunismus auf die Massen gegenüberstellen? Robinson schreibt:

„Es ist traurig, aber auch höchst nützlich, daß die Kommunisten uns in dieser Übergangszeit zwingen, unsere Stellungnahme zu revidieren.“

Damit legt Robinson unwillkürlich das Geständnis ab, daß die zügellose internationale Kampagne gegen den Kommunismus, daß der „Kreuzzug“ gescheitert ist. Robinson stellt fest, daß die „kalte“ Offensive mit gewaltigen Verlusten abgeschlagen wurde, und kommt zu der bekümmerten Schlußfolgerung, daß man für neue Kämpfe eine neue Waffe brauche.

Aber seine Behauptung, das geistige Rüstzeug der amerikanischen Reaktion von 1949 seien die Grundsätze von 1775, ist eine notorisiche Lüge.

Der Geist von 1775 bestand in den für ihre Zeit fortschrittlichen Ideen der demokratischen Aufklärer; es war der Geist des Befreiungskrieges um die nationale Unabhängigkeit. Was aber haben die freiheitliebenden Ziele, von denen Jefferson und Paine beseelt waren, mit den habgierigen Eroberungsgelüsten zu tun, die in der Trumandoktrin oder im Marshallplan verkörpert sind? Die moderne Theorie und Praxis der herrschenden USA-Kreise sind eine zynische Verhöhnung jener demokratischen Grundsätze, von denen die „Unabhängigkeitserklärung“ und die Bill über die Rechte durchdrungen waren.

Vor zweihundert Jahren kämpfte Amerika für seine nationale Unabhängigkeit gegen die englische Knechtschaft; heute kämpft es gegen die nationale Unabhängigkeit der anderen Völker, für die amerikanische Knechtschaft. Vor zweihundert Jahren waren seine Ideologen Kinder der bürgerlich-demokratischen revolutionären Ideen gegen den Absolutismus und die feudale Reaktion; heute sind die USA das Bollwerk und die Brutstätte der internationalen Reaktion. Robinson behauptet:

„... In den Vereinigten Staaten hatten die Heilige Allianz, Kaiser Wilhelm oder Hitler und die von Ihnen vertretenen Philosophien keine nennenswerte Anhängerschaft.“

Diese Behauptung ist absolut unwahr; es ist allbekannt, wie stark die Agentur Kaiser Wilhelms und später die Agentur Hitlers jenseits des Ozeans war. Aber noch wichtiger ist ein anderer Umstand: jeder weiß, daß die Vereinigten Staaten jetzt eine neue Heilige Allianz organisieren, nämlich den aggressiven nordatlantischen Block. Die Herren dieses Landes sind der wahnsinnigen Zwangsidee Wilhelms und Hitlers, dem Streben nach der Weltherrschaft, verfallen.

Daher kam es, daß der moralische und politische Einfluß Amerikas in Europa vor zweihundert Jahren so groß war, daß die fortschrittlichen Vertreter Frankreichs Thomas Jefferson mit solcher Begeisterung begrüßten, während heute die ideologischen Bemühungen der Vereinigten Staaten ganz erfolglos sind und die Wall-Street-Emissäre von den fortschrittlichen Menschen aller Länder der Welt verachtet und gehaßt werden. Vor zweihundert Jahren ertönten aus dem Land jenseits des Ozeans Aufrufe zur Freiheit, heutzutage erschallen von dort Drohungen mit Krieg, Hunger und Sklaverei. Das ist der Grund, weshalb Robinsons Traum von einem moralischen, ideologischen Sieg der USA in Europa, Asien oder Afrika niemals wahr werden kann.

Worin besteht die Kraft der Ideen des Kommunismus? Weswegen sind sie im Kampf gegen die Ideologie des Imperialismus siegreich? Ganz

einfach, weil sie den tatsächlichen Lebensinteressen der Völker entsprechen, weil sie den Völkern einen sicheren, zuverlässigen Weg zu einem stabilen Frieden, zu wirklicher Demokratie, zur materiellen und kulturellen Prosperität weisen.

Robinson behauptet immer wieder, die Menschen würden gezwungen, als Kommunisten zu leben und zu denken. Wer aber kann in Frankreich oder Italien, wo die Macht in den Händen von Agenten der USA-Börse liegt, Millionen Werktätige zwingen, Kommunisten zu sein? Das Leben selbst. Das wahre Leben, die strengen, unbarmherzigen Tatsachen. Der Marshallplan, das Vorgehen Mochs und Scelbas, der Stab in Fontainebleau, die blutdürstigen Appelle Montgomerys — all dies beweist täglich und ständig, daß die Kommunisten recht haben. Die wahrheitsgetreuen Nachrichten vom Leben in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie bahnen sich mit unwiderstehlicher Kraft den Weg durch den Nebel der Lügen und der Verleumdung, den die Gesinnungsgenossen Robinsons verbreiten.

Wie könnte man die Amerikaner und die anderen Völker ihren eigenen Interessen zuwider zur Gefolgschaft veranlassen, wie sie ins amerikanische Joch locken und sie in einen verbrecherischen Krieg hetzen? Wie könnte man sie zwingen, ihr Blut für die Profite der Bankiers und der Rüstungsfabrikanten der USA zu vergießen? Wie könnte man sie für eine unrechte, menschenfeindliche Sache begeistern? Robinson versteht, daß „sich Menschen nicht von zufälligen Antworten beeinflussen lassen“. Er versteht, wie wenig überzeugend die Argumente sind, die in den „Instruktionsstunden für unsere Soldaten oder in den Rundfunksendungen für Übersee“ angeführt werden. Und der Professor, der es seinen Herren gerne recht machen will, zerbricht sich den Kopf, wie er den Schlüssel zu den Köpfen und Herzen der Millionen von widerspenstigen „einfachen Menschen“ finden könnte, die nicht für die Profite Morgans und Mellons sterben wollen und fest darauf bestehen, sich die französische, italienische oder indonesische Lebensweise zu erhalten.

Die Antwort, zu der Robinson kommt, ist höchst simpel: „Die Idee der Freiheit hat eine gewaltige Anziehungskraft.“ „Freiheit“, „Unabhängigkeit“, „Selbstbestimmung“ sind alte Worte, aber sie haben ihre Anziehungskraft für die Menschen nicht verloren. Nach Robinsons Ansicht entsprechen jedoch diese alten Begriffe der neuen historischen Lage nicht mehr. Sie lassen sich weder mit dem kapitalistischen Produktionsystem noch mit der modernen Form des imperialistischen Staates, noch mit Forderungen des Militarismus vereinbaren. Die Rekonstruktion der

amerikanischen Philosophie soll gerade in der Verknüpfung der alten lockenden Worte mit den neuen imperialistischen Taten bestehen. In Robinsons Sprache heißt das: „Versöhnung des alten Individualismus mit dem neuen Staatengeist von heute.“

Wie Robinson weiter ausführt, waren sich Marx und Engels sehr wohl über die Anziehungskraft der Freiheit klar. Als soziales Ideal proklamierten sie eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Aber Robinson sucht sich damit zu trösten, daß die Marxisten die Frage, wie diese Freiheit zu errichten sei, nicht ausgearbeitet hätten. Sie hätten dazu „101 Jahre“ (nach Erscheinen des „Kommunistischen Manifests“) gehabt, hätten aber in dieser langen Frist „keinen überzeugenden Plan für den versprochenen Übergang ... zu der versprochenen freien Gesellschaft“ ausgearbeitet, sie hätten nur „Vermutungen, wie die Freiheit einzuführen sei“.

Das ist die von Robinson ausgedachte schwache Stelle des Marxismus. Hierher muß die neue amerikanische Philosophie seiner Ansicht nach ihr Feuer richten und einen überzeugenden Plan zur „Einführung der Freiheit“ ausarbeiten, der über große „Anziehungskraft“ verfügen soll.

Zum Unglück für Robinson und seine Brüderen und zum Glück für die werktätige Menschheit haben sich die Marxisten in Wirklichkeit nicht nur 101 Jahre lang den Kopf darüber zerbrochen, wie die „Freiheit einzuführen sei“, sondern haben auch für die Freiheit gekämpft. Dank diesem Kampf ist die vom Marxismus vor 101 Jahren „versprochene“ Befreiung der Werktätigen vom Joch des Kapitals zur größten, auf einem bedeutenden Teil des Erdballs verwirklichten Realität unserer Zeit geworden. Robinson versucht natürlich, sich über die nicht zu leugnende Tatsache hinwegzusetzen, daß die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion gerade die praktische Verwirklichung der „versprochenen freien Gesellschaft“ bedeutet, daß die Pläne für den volkswirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in den Ländern der Volksdemokratie eben jene Pläne zur „Einführung der Freiheit“ sind, daß diese Freiheit in tagtäglicher schöpferischer Arbeit und im beharrlichen Kampfe errungen wird, vor allem im Kampf gegen jene, als deren Knappe Robinson mit seinem Plan zur „Einführung der Freiheit“ auftritt, der der Einführung einer Morphiumspritze gleicht.

Aber Robinson begnügt sich nicht damit, die Frage der Notwendigkeit einer ideologischen Ausrüstung anzuschneiden. Er entwirft in den Spalten der „Foreign Affairs“ eine Skizze der „erneuerten Philosophie“, eines sozialen Ideals, mit dem

er auf Gimpelfang für die amerikanische Propaganda ausgehen will.

Erstes Gebot im modernsten amerikanischen Credo, Modell 1949, ist natürlich die Heiligkeit und Unantastbarkeit des kapitalistischen Eigentums. Der Freiheit von Bedrückung und Ausbeutung wird die „Freiheit der Persönlichkeit“, der Grundsatz des Individualismus gegenübergestellt. Nach den Versicherungen Robinsons darf man das Problem der Freiheit und Unabhängigkeit des Arbeiters „nicht auf den unmittelbaren Konflikt wegen Löhnen und Stunden und auf den Endkonflikt wegen der Eigentumsrechte an den Maschinen hinauslaufen lassen“. Statt dessen schlägt Robinson vor, sich auf die geistigen Werte des Individualismus „zu konzentrieren“.

Ferner wird empfohlen, sich nicht auf die Schaffung eines Wirtschaftssystems zu „konzentrieren“, das zu einer „größtmöglichen Steigerung der Gütererzeugung und zur Hebung des allgemeinen Konsumtionsniveaus“ fähig wäre. Wichtig für die Bewertung eines Wirtschaftssystems sei nicht „eine bestimmte Quantität von Gütern, sondern eine bestimmte Qualität der Persönlichkeit“, die dieses Wirtschaftssystem hervorbringe. Mit einem Wort, die in der Universität Columbia verkündete „ideale Gesellschaft“ spricht keine Hebung des materiellen Wohlstandes, bietet keine Garantie vor Krisen, keine Erlösung von der Arbeitslosigkeit, dem Elend und dem Hunger.

Aber der Schutz des kapitalistischen Eigentums und die Rechtfertigung der Ausbeutung sind natürlich noch nicht das „letzte Wort“ der amerikanischen Philosophie. Dieses „letzte Wort“, dank welchem das Volk der USA und daraufhin auch alle anderen Völker nach dem Plane Robinsons „neue Kraft und einen neuen Begriff von Zielstrebigkeit... erlangen werden“, sind zwei ideale soziale Einrichtungen: die Einzelfarm und der Einzelhaushalt. Das sind also die lang gesuchten Grundpfeiler der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung! Robinson hofft mit einem Schlag zwei Fliegen treffen zu können: ein „verlockendes“ soziales Ideal zu schaffen und gleichzeitig eine Antwort auf folgende verhängnisvolle Frage zu geben:

„Was sollen wir mit der Fülle elektrischen Stroms tun, die unsere Flüsse liefern können? Was sollen wir mit den gewaltigen Möglichkeiten tun, die die Atomenergie für die Veränderung des amerikanischen Lebens zu bieten vermag?“

Der neue Prophet der „amerikanischen Lebensweise“ schildert überschwenglich den idyllischen Plan der Gewährung staatlicher Unterstützung zur Haushaltsförderung „durch Stromlieferungen

für tausende elektrische Kochplatten, Geschirrspül- und Waschmaschinen". Staatsdarlehen für Einzelfarmen... Kleinmotore zur Erzeugung und Verteilung billigen Stroms unter unzähligen kleineren Industriebetrieben... Akkordlohn und Profitbeteiligung der Arbeiter in den Großbetrieben...

Wir sehen also die jämmerliche und schon längst durchschauten reaktionären Utopie in ihrer ganzen Unansehnlichkeit und Nichtigkeit vor uns, eine Utopie, die die Arbeiter und Farmer noch mehr versklaven will, indem sie sie in hoffnungslose Schuldner der Bankiers und Fabrikanten verwandelt, in Leute, die hungrig müssen, um elek-

trische Kochplatten abzahlen zu können, auf denen sie nichts zu kochen haben.

Das ist das stumpfsinnige soziale Ideal, das im Juli 1949 in den Spalten der führenden Zeitschrift der herrschenden Klasse Amerikas als Grundlage für eine Rekonstruktion der amerikanischen Ideologie verkündet wird. Mit dieser aus längst verrostetem Blech verfertigten geistigen Waffe will der Dollarimperialismus, der das heuchlerische Geschwätz von den Grundsätzen des Jahres 1775 beiseite schiebt, sich in den Kampf stürzen gegen die fortschrittlichen Ideen unseres Zeitalters. Wahrlich ein kläglicher Anblick!

29. Juli

In den Betrieben von Sverdlowsk finden Massenkundgebungen der Gewerkschaften als Antwort auf einen Appell der Gewerkschaftsräte der englischen Städte Birmingham und Coventry statt. Die Kundgebungen nehmen einmütig einen Aufruf an die Werktäglichen von Birmingham und Coventry an, in dem die Überzeugung geäußert wird, daß der Krieg verhütet werden kann, da die Völker der Sowjetunion, Englands, der USA und anderer Länder den Frieden wollen.

Die vom USA-Vertreter geleitete Mehrheit der Atomkommission der UNO beschließt, die Arbeit der Kommission auf unbestimmte Frist einzustellen. Die Vertreter der Sowjetunion und der Ukraine stimmen gegen diesen Antrag.

30. Juli

Der Sender Freies Griechenland verliest eine Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands über Verfolgung griechischer Demokraten, welche vor dem Terror und den Misserfolgen der griechischen monarchistischen Faschisten nach Jugoslawien geflüchtet waren, durch die jugoslawische Regierung.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juli—August 1949

31. Juli

In Dortmund (englische Besatzungszone Deutschlands) findet eine Massendemonstration für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands statt, an der mehr als hunderttausend Werktägliche des Ruhrgebiets teilnehmen.

Das Kriegstribunal in Volos (Griechenland) verurteilt 36 Demokraten, darunter 13 Frauen, zum Tode und 10 Angeklagte zu lebenslänglichem Kerker.

1. August

Die UNO-Kommission für konventionelle Rüstungen unterrichtet ihre Tätigkeit durch Annahme des sogenannten Arbeitsdokuments der französischen Delegation, das an Stelle einer Entscheidung über tatsächliche Rüstungsbeschränkung die Einholung von Informationen über die Rüstungen und Streitkräfte der Mitgliedstaaten der UNO setzt. Die

Vertreter der Sowjetunion, der Ukraine und Ägyptens stimmen gegen diesen Beschuß.

Senkung der Brotpreise in Ungarn um 1 Forint pro Kilogramm.

Gemeinsame Konferenz der Bergarbeiter Polens und der Tschechoslowakei in Katowice (Polen).

In Buenos Aires wird ein Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Argentinien unterzeichnet, das bis zum 31. Dezember 1951 läuft.

In Österreich wird die Mitteilung veröffentlicht, daß die Kommunistische Partei und die Union der fortschrittlichen Sozialisten beschlossen haben, die Wahlkampagne gemeinsam durchzuführen.

2. August

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung, laut der die Sowjetunion die Teilnahme an der im September d. J. in Zagreb (Jugoslawien) stattfindenden Internationalen Ausstellung abgesagt hat. Der Beschuß wurde im Zusammenhang damit gefaßt, daß vor kurzem Fälle bestialischer Behandlung von in

Jugoslawien lebenden Sowjetbürgern durch die jugoslawischen Behörden festgestellt worden sind.

Beschluß des Allindischen Gewerkschaftskongresses, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Pariser Weltkongresses der Friedensanhänger im November d. J. eine Konferenz der Friedensanhänger zu halten.

3. August

Die Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee besetzen die Stadt Tienshui, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des südlichen Teils der Provinz Kansu.

Die erste Kammer des niederländischen Parlaments ratifiziert mit 29 gegen 2 Stimmen bei 19 Stimmabstentionen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

4. August

Die Truppen der Volksbefreiungsarmee Chinas ziehen in Tschangtscha, der Hauptstadt der Provinz Hunan, ein.

Außerordentliche Tagung des Deutschen Volksrats in Berlin. Die Tagung protestiert in einer Resolu-

tion gegen die Handlungsweise der USA-Militäristen, die die Besatzungsgewalt missbrauchen, um aus Westdeutschland ein Aufmarschgebiet und einen Kriegsschauplatz für einen dritten Weltkrieg zu machen.

Die Internationale Liga für Menschenrechte überreicht der UNO eine Deklaration, in der gefordert wird, der Sicherheitsrat möge Maßnahmen ergreifen, um dem grausamen Verhalten der Behörden der Südafrikanischen Union gegen die nationalen Minderheiten ein Ende zu machen.

5. August

Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO lehnt den sowjetischen Resolutionsentwurf ab, der die Bildung einer umfangreichen internationalen Kommission zur allseitigen und objektiven Klärung der wirklichen Arbeitsbedingungen in den kapitalistischen Ländern wie auch in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie vorsah. Es wird eine Resolution angenommen, in der vorgeschlagen wird, die Mitteilung des Internationalen Arbeitsamtes über den Beschluß seines Verwaltungsrats zur Frage der Zwangsarbeit zur Kenntnis zu neh-

men sowie den Generalsekretär der UNO zu beauftragen, an diejenigen Regierungen, die noch nicht geantwortet haben, ob sie zur Teilnahme an einer Untersuchung bereit seien, eine Anfrage zu richten.

Machtvolle Manifestation zur Verteidigung des Friedens in Paris. In vielen Städten Frankreichs wurden Protestversammlungen und Kundgebungen gegen den Nordatlantischen Vertrag abgehalten.

Der ungarische Ministerrat billigt den Entwurf der neuen Landesverfassung und bringt ihn zur Behandlung im Parlament ein.

6. August

Befehl der englischen Militärregierung in Deutschland, in der englischen Besatzungszone „besondere Polizeireserven“ zu bilden, in die lediglich frühere Mitglieder der Hitlerpartei aufgenommen werden, die vor 1945 im Polizeidienst standen.

7. August

Abschluß der vierten internationalen Filmfestspiele in Mariánské Lázně. Der Sowjetfilmkunst wurden zwei der drei Hauptpreise und sechs andere Preise zugesprochen.

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerscheinungen:

RUSSISCHE KLAASSISCHE LITERATUR

- N. W. GOGOL — *Tote Seelen*. Poem. Illustriert von W. Makowski. 368 S., Rbl. 7,—
- L. A. GONTSCHAROW — *Ausgewählte Werke*. Herausgegeben von N. K. Piksanow und A. G. Zeitlin. Illustriert von N. I. Witing und A. M. Gaidenkow. 744 S., Rbl. 22,—
- I. S. NIKITIN — *Ausgewählte Werke*. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von L. A. Plotkin. 316 S., Rbl. 14,—
- A. K. TOLSTOI — *Ausgewählte Schriften*. Eingeleitet und kommentiert von W. A. Gebel. 480 S., Rbl. 7,50
- I. S. TURGENJEW — *Aus dem Tagebuch eines Jägers*. Illustriert von P. Sokolow. (Illustrierte Serie. Gesamtredaktion von Professor F. M. Golowentschenko.) 364 S., Rbl. 25,—
- N. G. TSCHERNYSCHEWSKI — *Sämtliche Werke. Band IX. 1860—1861*. Herausgegeben von I. D. Udalzow. 1012 S., Rbl. 18,—
- A. P. TSCHECHOW — *Sämtliche Werke und Briefe. Band XII. Schauspiele. (1880—1890.) Notizbücher, Aufzeichnungen, unvollendete Werke, Tagebücher*. 424 S., Rbl. 15,—

SOWJETRUSSISCHE LITERATUR

- S. BABAJEWSKI — *Der Ritter des Goldenen Sterns*. 568 S., Rbl. 11,—
- M. BUBENNOW — *Die weiße Birke*. Roman. *Erstes Buch*. 328 S., Rbl. 6,25
- P. PAWLENKO — *Ausgewählte Schriften*. 656 S., Rbl. 17,—
- Inhalt: Im Osten. (Romanfragmente.) Das Glück. (Roman.) Auf den Barrikaden. (Auszüge aus einem Roman.) Erzählungen.

LITERATUR DER VÖLKER DER UDSSR

- S. SORJAN — *Die Geschichte eines Lebens*. Autorisierte Übertragung aus dem Armenischen von S. Sukiassian. 428 S., Rbl. 7,25
- A. KASBEGI — *Ausgewählte Schriften*. Aus dem Georgischen von E. Gogoberidse. Herausgegeben und eingeleitet von E. Lundberg. 272 S., Rbl. 5,—
- T. G. SCHEWTSCHENKO — *Ausgewählte Werke. Band I. Gedichte und Poeme*. Eingeleitet von A. Kornejtschuk und A. Dejtsch. 476 S., Rbl. 12,—

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

- HENRI BARBUSSE — *Ich klage an!* 168 S., Rbl. 2,50
- MARTIN ANDERSEN NEXÖ — *Ausgewählte Schriften*. Eingeleitet und herausgegeben von N. Krymowa und W. Neustrojew. 498 S., Rbl. 9,—
- HONORÉ DE BALZAC — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Französischen. Herausgegeben von E. Korsch und A. Pusikow. Eingeleitet von A. Pusikow. Illustriert. 716 S., Rbl. 26,—
- PENKÜJH — *Vierzeiler*. Aus dem Chinesischen. Eingeleitet und kommentiert von L. Eidlin. Holzschnitte von M. Pikow. 224 S., Rbl. 9,—
- CHRISTOPHER MARLOWE — *Die tragische Historie vom Dr. Faustus*. Aus dem Englischen. Herausgegeben von T. Kudrjawzewa, eingeleitet von L. Pinski. 92 S., Rbl. 2,50
- MIGUEL de CERVANTES SAAVEDRA — *Ausgewählte Werke*. Nachwort und Anmerkungen von W. Zsin. 203 S., Rbl. 4,25
Der Band enthält bisher in russischer Sprache nicht erschienene Werke von Cervantes.

Alles in russischer Sprache.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.